

Auf geht's,

Tempelhof-Schöneberg

Bezirkliches Wahlprogramm

Inhalt

1 Ein leistungsstarker Bezirk	1
1a Haushalt und Finanzen, Facility Management – beste Voraussetzungen für einen leistungsstarken Bezirk.....	1
1b Wirtschaft.....	4
2 Ein zukunftsfester Bezirk.....	10
2a Stadtentwicklung für einen lebenswerten und bezahlbaren Bezirk	10
2b Grünanlagen, Naturschutz, Klima	16
2c Mobilität für den ganzen Bezirk	20
3 Ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk	25
3a Familie, Jugend, Kita – Der Bezirk als Partner in allen Lebensabschnitten	25
3b Bildung - Gute Voraussetzungen für das Lernen in Tempelhof-Schöneberg	29
4 Ein engagierter Bezirk	34
4a Bürgerschaftliches Engagement – eine Stütze der Demokratie	34
4b Städtepartnerschaften	36
4c Sportpolitik für alle gestalten	37
4d Kultur und Weiterbildung.....	40
5 Ein sozialer und vielfältiger Bezirk	45
5a Das Soziale im Bezirk stärken	45
5b Gesundheit	48
5c Ein starker Bezirk für Senior*innen	52
5d Gleichstellung und Vielfalt	54
5e Integration in einem vielfältigen Bezirk	56
5f Inklusion – echte Teilhabe ermöglichen	58

5g Queeres Leben in Tempelhof-Schöneberg: Vielfalt, Sichtbarkeit und Schutz.....	59
5h Gegen Rechtsextremismus – Für Zusammenhalt.....	62
6 Ein bürgernaher Bezirk.....	63
6a Bürgeramt - verlässlicher Service für alle Bürger*innen	63
6b Ordnung und Sicherheit für ein solidarisches Miteinander	64

1 Ein leistungsstarker Bezirk

1a Haushalt und Finanzen, Facility Management – beste Voraussetzungen für einen leistungsstarken Bezirk

Der Bezirkshaushalt ist die Grundlage für gute Angebote aller Bereiche des Bezirksamts. Weil der Bezirk seine Mittel vom Land zugewiesen bekommt, hängt die Haushaltsentwicklung sehr stark von der Gesamtberliner Entwicklung ab. Die Zuweisung der Mittel erfolgt auf Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung, die darauf ausgerichtet ist, dass mehr oder besser genutzte Angebote auch zu höheren Zuweisungen führen. Dieses System zeigt, welche Leistungen für die Menschen im Bezirk besonders wichtig sind – etwa, wenn viele Bürger*innen Bücher in der Bibliothek ausleihen oder in einer Jugendfreizeiteinrichtung zahlreiche Angebotsstunden stattfinden. Gleichzeitig gilt: Wenn die Gesamtmittel im System nicht ausreichen, muss der Fokus darauf liegen, sowohl die grundlegenden als auch die stark nachgefragten Angebote dauerhaft zu sichern. Die Kosten- und Leistungsrechnung ist damit ein Indikator, um Prioritäten zu setzen und gezielt in die Bereiche zu investieren.

Wir setzen uns dafür ein, den über viele Jahre entstandenen Sanierungsstau an öffentlichen Gebäuden – Rathäusern und Verwaltungsgebäuden, Schulen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportanlagen, Bibliotheken und Volkshochschulstandorten – schrittweise und gezielt abzubauen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Herstellung von Barrierefreiheit, damit alle Menschen gleichberechtigt an Bildung, Kultur und öffentlichem Leben teilhaben können. Wo der Denkmalschutz einem Umbau entgegensteht, müssen geeignete Kompromisse in Zusammenarbeit mit der Bezirksbehindertenbeauftragten und dem Beirat von und für Menschen mit Behinderungen sowie Betroffenenverbänden gefunden werden. Trotz knapper Kassen darf dabei insbesondere die teils desolate bauliche Situation vieler Schulen nicht aus dem Blick geraten. Wir brauchen ausreichend Schulplätze für alle Kinder sowie moderne, sichere und inklusive Lernorte, die gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Neben den baulichen Sanierungsmaßnahmen müssen die bezirklichen Immobilien mit Priorität in der IT-Infrastruktur besser ausgestattet werden, sowohl was die Hardware als auch was die Software angeht.

Zentrale öffentliche Gebäude, die nicht nur Dienstgebäude des Bezirkes, sondern auch Wahrzeichen von landesweiter Bedeutung sind, brauchen zur Sanierung und Modernisierung ein Investitionsprogramm des Landes Berlin. Das Rathaus Schöneberg wird seit vielen Jahren aus bezirklichen Mitteln saniert. Dies belastet den Bezirkshaushalt und steht Sanierungen an Schulgebäuden, Bibliotheken oder Jugendfreizeiteinrichtungen im Wege. Mit dem Land Berlin werden wir über ein Investitionsprogramm zur Sanierung und Modernisierung zentraler Gebäude wie dem Rathaus Schöneberg oder dem Haus am Kleistpark verhandeln. Bezirkliche Investitionsmittel können nicht dauerhaft für die Instandhaltung von Gebäuden mit landesweiter Bedeutung aufgebracht werden.

1 Neben der IT-Infrastruktur müssen Anstrengungen aller Bereiche folgen, damit auch die
2 Leistungen, also die Fachsoftware, für die Bürger*innen digital erreichbar werden. Hierbei ist
3 der Bezirk auf die übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen und
4 allen Bezirken angewiesen. Wir wollen für die Zukunft, dass sich die Bürgerinnen aussuchen
5 können, ob sie die Leistungen der Verwaltung persönlich vor Ort oder digital in Anspruch
6 nehmen.

7 **Wir wollen geeignete Verwaltungsprozesse stärker automatisieren, um Mitarbeitende zu**
8 **entlasten und Abläufe zu vereinfachen. Automatisierte Schritte bei Standardanträgen oder**
9 **internen Vorgängen schaffen Zeit für komplexe Aufgaben und verbessern die**
10 **Servicequalität. So wird die Verwaltung effizienter, nachvollziehbarer und**
11 **bürgerfreundlicher.**

12 Öffentliche Veranstaltungen des Bezirks müssen barrierefrei stattfinden. Wir setzen uns
13 weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, dass dafür endlich die baulichen und digitalen
14 Voraussetzungen geschaffen werden. Es bedarf eines kompetenten, zeitgemäßen und
15 barrierefreien bezirklichen Veranstaltungsmanagements. Auch Veranstaltungen im Rahmen
16 von Beteiligungsprozessen müssen von der Konzeption bis zur Durchführung barrierefrei
17 gedacht und umgesetzt werden. Die Organisationseinheit Sozialraumorientierte
18 Planungskoordination (OESPK) soll hierbei unterstützend tätig sein und die Fachämter
19 entsprechend beraten.

20 In den vergangenen Jahren wurden unsere Möglichkeiten, Fördermittel in Anspruch zu
21 nehmen, zu wenig ausgeschöpft. Programme, zum Beispiel für die strukturelle Verbesserung
22 von Kiezen, Ausstattung oder Gestaltung von kulturellen Angeboten, aber auch Mittel für
23 Bauvorhaben wurden entweder nicht aufgespürt oder nicht genutzt. Wir wollen den
24 Bezirkshaushalt entlasten und stärker auf Förderprogramme zurückgreifen.

25 Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg ist einer der größten Arbeitgeber im Bezirk. Die
26 Möglichkeit auf Teilzeit oder Telerbeit/Homeoffice, Gesundheitsangebote und eine
27 Sozialberatung sind Beispiele für seine Attraktivität. Durch den Generationswechsel bleibt
28 der Bezirk auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Arbeitgeber, der vielfältige Chancen
29 bietet.

30 Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es notwendig, personelle Prioritäten klar zu
31 setzen. Im Mittelpunkt müssen die Bereiche stehen, die unmittelbar den Alltag der
32 Bürgerinnen und Bürger betreffen. Stellen, die den Zugang zu Sozialleistungen,
33 Erziehungshilfen oder Wohngeld gewährleisten, sichern zentrale soziale Ansprüche und
34 damit das Vertrauen in eine handlungsfähige Verwaltung. Es gilt daher, den Personalkörper
35 stabil zu halten, um die soziale Infrastruktur des Bezirks zu sichern.

36 Selbstverständlich ist für uns, dass das Bezirksamt jedes Jahr jungen Menschen eine
37 Ausbildung bietet. Die angespannte Personalsituation darf nicht dazu führen, dass
38 Ausbildung vernachlässigt wird. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft: Sie sichert
39 dringend benötigten Nachwuchs, schafft berufliche Perspektiven für junge Menschen und
40 stärkt die Verwaltung nachhaltig.

- 1 Mit oberster Priorität arbeiten wir daran, alle freien Stellen möglichst umgehend zu
2 besetzen, damit Angebote aufrechterhalten werden und systemrelevante Bereiche
3 funktionsfähig bleiben. Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour oder
4 Menschen mit Behinderung sollen ausdrücklich ermutigt werden, sich zu bewerben. Ein
5 diverses Bezirksamt ist ein besserer Ansprechpartner für die gesamte Bevölkerung.
- 6 Stellenbesetzungen wollen wir durch eine Vereinfachung der Verfahren beschleunigen.
7 Hierzu soll die Zahl so genannter Sammelausschreibungen beim Landesverwaltungsamt
8 weiter erhöht werden, bei denen mehrere Bewerber*innen ausgewählt und für
9 vergleichbare Arbeitsgebiete eingestellt werden können.
- 10 Der Bezirk steht in der Verantwortung, die Klimaziele des Berliner Energie- und
11 Klimaschutzgesetzes zu erfüllen und den Energieverbrauch deutlich zu senken. Da nur
12 wenige Neubauten entstehen, liegt der Schwerpunkt auf der Optimierung des Bestands. Ziel
13 ist es, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen spürbar zu reduzieren und öffentliche
14 Haushalte zu entlasten. Neben langfristigen Sanierungen setzen wir auf Maßnahmen wie
15 intelligente Heizsteuerungen, smarte hydraulische Abgleiche und weitere technische
16 Optimierungen.

1 **1b Wirtschaft**

2 Die SPD Tempelhof-Schöneberg möchte eine zukunftsfähige, inklusive und nachhaltige
3 Wirtschaftspolitik gestalten, die gute Arbeit und Ausbildung, nachhaltige Stadtentwicklung
4 und soziales Miteinander in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem
5 wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen – für alle Menschen
6 und Unternehmen in Tempelhof-Schöneberg.

7 Unser Programm für 2026-2031 setzt dort an, wo die Wirtschaft auf das tägliche Leben trifft:
8 in den Straßen, Geschäften, Nachbarschaften und Ausbildungsstätten sowie an den
9 Arbeitsplätzen. Wir wollen einen lebendigen, inklusiven und resilienten Wirtschaftsraum
10 schaffen – mit guten Jobs, sicheren Mieten, fairen Bedingungen und Raum für Innovation.

11 **Gute Arbeit, gute Ausbildung und faire Beschäftigung und Beschaffung**

12 Wir setzen uns für gute Arbeit und gute Ausbildung in Tempelhof-Schöneberg ein. Der
13 gesetzliche Mindestlohn steigt zum 01.01.2027 auf 14,60 Euro. Berlin ist bereits einen Schritt
14 weiter und wird den Berliner Landesmindestlohn für den Landesdienst, die landeseigenen
15 Unternehmen und alle Arbeitgebenden, die Aufträge oder Fördermittel vom Land Berlin
16 erhalten, zum 01.01.2027 auf 15,58 Euro erhöhen.

17 Gute Arbeit setzt Tarifbindung voraus. Deshalb setzen wir uns dafür ein, öffentliche Aufträge
18 und Zuwendungen künftig nur noch an Anbieter*innen zu vergeben, die über einen
19 bestehenden Tarifvertrag verfügen oder ersatzweise nach dem geltenden Tarifvertrag der
20 Länder vergüten.

21 Wir möchten mehr duale Ausbildungsplätze bei lokalen Unternehmen im Bezirk. Dazu
22 fördern wir die Vernetzung zwischen Betrieben, Kammern und Schulen sowie der
23 Jugendberufsagentur und freien Trägern. Wir wollen Unternehmen zu bestehenden
24 Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes bei betrieblicher Ausbildung informieren
25 und beraten. Wir unterstützen das Land Berlin ausdrücklich in dem Bestreben, eine
26 Ausbildungsumlage einzuführen, um ausbildende Unternehmen bei der Sicherung und
27 Ausbildung von Fachkräften finanziell zu unterstützen.

28 Bildung endet nicht mit der Ausbildung. Wir wollen Weiterbildungsangebote im Bezirk
29 stärken, etwa durch bezirklich geförderte Kurse für neue Technologien, Nachhaltigkeit oder
30 Digitalisierung. Kooperationen mit lokalen Unternehmen, Volkshochschulen und
31 Weiterbildungsträgern sollen dabei helfen, Fortbildung passgenau zu gestalten.

32 Wir wollen die Weiterqualifizierung insbesondere für Langzeitarbeitslose, Zugewanderte,
33 junge Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen und Menschen mit geringem
34 Einkommen fördern. Hierzu brauchen wir Kooperationen mit örtlichen Bildungsträgern,
35 Jobcentern und Unternehmen, um Qualifizierung mit konkreten Arbeitsplätzen zu
36 verbinden. Bestehende Förderprogramme wie das Berliner Jobcoaching wollen wir aktiv
37 bewerben.

1 Durch die öffentliche Beschäftigungsförderung des Bundes und des Landes kann
2 Arbeitslosigkeit reduziert und ein Mehrwert für die Stadtgesellschaft durch
3 gemeinwohlorientierte Tätigkeiten geschaffen werden. Wir wollen die Nutzung bestehender
4 Fördermittel in enger Abstimmung mit dem Jobcenter Tempelhof-Schöneberg und der für
5 Arbeit zuständigen Senatsverwaltung ausweiten.

6 Die auf Antrag der SPD-Fraktion in unserem Bezirk geschaffene Stelle der Beauftragten für
7 Gute Arbeit übernimmt die Koordinierung der einzelnen Maßnahmen und führt die
8 wichtigsten Akteure – Betriebsräte, Gewerkschaften, Unternehmensnetzwerke, Jobcenter
9 und Verwaltung – zur Realisierung von guter Arbeit und guter Ausbildung in Tempelhof-
10 Schöneberg zusammen.

11 Die Umgehung des Mindestlohns, Sozialversicherungsbetrug oder Arbeitsausbeutung sind
12 keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten. Bei gewerberechtlichen Kontrollen durch das
13 Ordnungsamt muss stets die konsequente Ahndung von Schwarzarbeit, Arbeitsausbeutung
14 und Steuerbetrug mitgedacht werden. Wir setzen uns deswegen für eine Verstärkung von
15 gemeinsamen Schwerpunktkontrollen und Verbundeinsätzen des bezirklichen
16 Ordnungsamts mit den zuständigen Stellen der Polizei, der Finanzkontrolle Schwarzarbeit
17 des Zolls sowie der Finanzämter ein. Der bzw. die Beauftragte für Gute Arbeit informiert zu
18 bestehenden Beratungsstellen beim BMAS, dem Hauptzollamt, bei Gewerkschaften und
19 NGOs sowie zu den Möglichkeiten der Durchsetzung arbeitsrechtlicher Ansprüche.

20 **Stärkung von Unternehmensnetzwerken**

21 Die bestehenden Unternehmensnetzwerke Motzener Straße, Großbeerenstraße und
22 Südkreuz leisten eine hervorragende Arbeit in Tempelhof-Schöneberg. Diese Arbeit muss in
23 Zukunft besser gewürdigt und verstetigt werden. Wir unterstützen die Gründung und
24 Erweiterung von Netzwerken für Einzelhandel, Handwerk, Gründungen, Gastronomie und
25 soziale Wirtschaft im Bezirk auch durch die stärkere Nutzung der GRW Netzwerkförderung.
26 Regelmäßige Netzwerktreffen („Wirtschaftsdialoge“) sollen den Austausch zwischen
27 Betrieben, Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft fördern.

28 Kleine Gewerbetreibende, Solo-Selbstständige und Freiberufler*innen brauchen Beratung,
29 Netzwerke und gezielte Unterstützung – etwa durch bezirkliche Wirtschaftsförderung. Der
30 Wirtschaftsförderungsbericht des Bezirkes betont den Beratungsbedarf in diesem Bereich
31 besonders.

32 **Industriestandort Tempelhof-Schöneberg**

33 Tempelhof-Schöneberg ist ein wichtiger Industriestandort für Berlin. Insbesondere große
34 Industrieunternehmen und das verarbeitende Gewerbe unterliegen einem großen
35 Transformationsdruck in Hinblick auf Digitalisierung, Dekarbonisierung und den
36 demografischen Wandel. Wir helfen den Unternehmen durch die Beratung der
37 Wirtschaftsförderung, die Chancen der Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft zu nutzen
38 und Fördermöglichkeiten zu akquirieren. Dabei ist die Einbeziehung der Betriebsräte vor Ort
39 für uns eine Selbstverständlichkeit.

1 Tempelhof-Schöneberg hat einen hohen Anteil an Industriearbeiter*innen. In Zeiten
2 bedrohter Industriearbeitsplätze stehen wir fest an der Seite der Arbeitnehmer*innen. Das
3 Bezirksamt soll in einen gemeinsamen Dialog mit den Betrieben und Betriebsräten zur
4 Zukunft der Standorte gehen. Umschulungs- und Beratungsangebote sollten, wo es sinnvoll
5 ist, für die Arbeitnehmer*innen angeboten werden. Der Erhalt der Industrie vor Ort ist uns
6 wichtig.

7 **Attraktiv für Neuansiedlungen bleiben**

8 Tempelhof-Schöneberg zählt zu den bedeutenden Gewerbestandorten Berlins mit einer
9 großen Fläche für Industrie und Gewerbe von ca. 531 Hektar, mehr als 16.000 Betrieben und
10 über 100.000 Beschäftigten. Der Bezirk muss attraktiv für die Ansiedlung von Unternehmen
11 bleiben und im Zielkonflikt zwischen Naherholung, Wohnen, Bildung, Verkehr und Gewerbe
12 darauf achten, vorhandene Gewerbeflächen zu sichern und neue, attraktive Standorte für
13 das Gewerbe auszuweisen. Dabei verändert sich die Nachfrage spürbar. Während im
14 klassischen Bürosegment Leerstände sichtbar werden und auch größere Gewerbeimmobilien
15 ungenutzt bleiben, besteht für kleinere, flexible und moderne Produktions- und
16 Lagerflächen, insbesondere im Bereich von Start-ups, kleinen und mittleren Unternehmen
17 und der Logistik weiterhin hoher Bedarf.

18 Entsprechend ist bei der Ausweisung von Gewerbeflächen auf moderne, gut angebundene
19 und mit ihrem Umfeld verträgliche Standorte zu achten. Statt expansivem Flächenbedarf
20 geht es zunehmend um Qualitätsdifferenzierung, d.h. hochwertige kleinere Standorte
21 werden benötigt und müssen zur Neuansiedlung von Betrieben angeboten werden.

22 **Wirtschaftsförderung stärken**

23 Die bezirkliche Wirtschaftsförderung ist die zentrale Ansprechstelle für Betriebe und
24 Unternehmen in Tempelhof-Schöneberg. Sie berät zu Fördermöglichkeiten und
25 Standortfragen, unterstützt Netzwerke und Partnerschaften und schafft durch
26 Veranstaltungen Raum für Austausch und Wissenstransfer

27 Neben ihren klassischen Aufgaben der Pflege bestehender Unternehmensnetzwerke und der
28 Sicherung von Gewerbeflächen soll sie verstärkt zu Themen der Transformation, der
29 Fachkräftesicherung und der Digitalisierung beraten und den Betrieben im Bezirk geeignete
30 Förderprogramme empfehlen. Zur Förderung der betrieblichen Ausbildung und der
31 Fachkräftesicherung soll der Austausch der Wirtschaftsförderung mit Betriebsräten und
32 Gewerkschaften ausgebaut werden.

33 Mit ihren Publikationen erstellt die bezirkliche Wirtschaftsförderung regelmäßig
34 „Visitenkarten“ für den Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg. Dabei soll weiterhin
35 und verstärkt auf Standortfaktoren wie ökologische Nachhaltigkeit, kulturelle Vielfalt sowie
36 Bildungs-, Ausbildungs- und Wissenschaftsstandorte gesetzt werden.

1 **Besseres Geschäftsstraßen-Management**

2 Wir brauchen ein strukturiertes Geschäftsstraßenmanagement, das die lokalen
3 Einkaufsstraßen wie den Mariendorfer Damm, den Tempelhofer Damm, die Lichtenrader
4 Bahnhofstraße, Wittenbergplatz und Tauentzien oder die Rhein- und Hauptstraße in
5 Schöneberg durch mehr Vernetzung, gemeinsame Veranstaltungen und Beratung
6 unterstützt. Die Geschäftsstraßen sind ein Aushängeschild für den Bezirk. Deshalb müssen
7 wir die Sicherheit und Sauberkeit erhöhen und die Aufenthaltsqualität und Atmosphäre für
8 eine höhere Kundenfrequenz verbessern.

9 Wir setzen uns dafür ein, leerstehende Ladenflächen nicht dem spekulativen Markt zu
10 überlassen, sondern aktiv Umnutzung, Pop-up-Konzepte, wohnortnahe Versorgung, soziale
11 Projekte oder Genossenschaften zu fördern.

12 Unterstützt durch die Wirtschaftsförderung sollen Einzelhandelsbetriebe und
13 Hauseigentümer*innen über die Vorteile der Bildung einer „Immobilien- und
14 Standortgemeinschaft (ISG)“ nach dem Prinzip des Business Improvements Districts
15 informiert und die Bildung von Standortgemeinschaften unterstützt werden. Dafür nutzen
16 wir verstärkt die Landesförderung der sogenannten „Wirtschaftsdienlichen Maßnahmen“.

17 **Klimaschutz und nachhaltige Wirtschaft**

18 Mit dem EUREF-Campus Berlin mit seinen über 150 Unternehmen, Startups und
19 Forschungseinrichtungen verfügt Tempelhof-Schöneberg über ein bundesweit einzigartiges
20 Reallabor für Energieeffizienz, CO2-Neutralität und die Mobilitätswende.

21 Die Unternehmensnetzwerke in der Motzener Straße, der Großbeerenstraße und am
22 Südkreuz sind in lokale Nachhaltigkeitsinitiativen eingebunden und haben sich als
23 traditionelle Gewerbestandorte frühzeitig für innovative Produktions- und
24 Dienstleistungsideen geöffnet. Rund um den Bahnhof Südkreuz entsteht ein modernes
25 Stadtquartier mit Schwerpunkt auf Mobilität und Nachhaltigkeit. Mit dem Marienpark rund
26 um den Gasometer in Mariendorf oder den Atelier Gardens an der Oberlandstraße sind neue
27 Areale mit einem starken Nachhaltigkeitsbezug entstanden. Die SPD Tempelhof-Schöneberg
28 unterstützt Gründungen in der Green Economy. Wir befürworten den Einsatz von EU- oder
29 Bundesmitteln zur Förderung grüner Infrastruktur im Bezirk, z. B. für energieeffiziente
30 Gewerbeimmobilien oder umweltfreundliche Logistik.

31 Bei zentralen Stadtentwicklungsprojekten wie der „Neuen Mitte Tempelhof“ unterstützen
32 wir die Entwicklung verbindlicher, wirtschaftlicher Nachhaltigkeitsziele mit ihren Bezügen zur
33 lokalen Wirtschaft. Die SPD-Fraktion hat sich auch deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, dass
34 die „Neue Mitte Tempelhof“ in die Investitionsplanung des Landes Berlin aufgenommen
35 wird.

36

37

1 **Verkehrliche Anbindung und Infrastruktur**

2 Gute wirtschaftliche Entwicklung braucht gute Verkehrsverbindungen. Wir setzen uns für
3 eine verbesserte Anbindung von Gewerbegebieten an den öffentlichen Nahverkehr ein –
4 inklusive Rad- und Fußwegverbindungen.

5 Wir wollen umweltfreundliche Logistiklösungen für kleine und mittlere Unternehmen
6 fördern, damit Lieferverkehr nicht zu zusätzlichen Problemen führt. Die Einrichtung von
7 Ladezonen für Elektrolieferfahrzeuge in den Geschäftsstraßen des Bezirks ist ein positives
8 Beispiel. Als Teil ihrer Nachhaltigkeits- und „City-Logistik“-Strategie baut die DHL auch bei
9 uns im Bezirk ein Netz solarbetriebener Packstationen auf und liefert im Rahmen eines
10 Pilotprojekts Pakete und Sendungen mit einem Solarschiff emissionsfrei über vorhandene
11 Wasserwege aus. Diese und weitere Ansätze wollen wir fördern, um möglichst viel
12 Lieferverkehr von der Straße zu holen. Insbesondere die vom LKW-Verkehr stark belasteten
13 Bundesstraßen B 96 und B 101 sowie die Martin-Luther-Straße können dadurch Entlastung
14 und mehr Qualität gewinnen.

15 **Bessere Kontrollen des Gewerbeamts**

16 Wir fordern eine Stärkung des Gewerbeamtes, damit Regeln konsequent überprüft und
17 Verstöße geahndet werden. Informationen über Gewerbebeanmeldungen, Kontrollen,
18 Beschwerden sollen öffentlich und nachvollziehbar sein. Die SPD Tempelhof Schöneberg
19 fordert eine konsequente Ahndung von Schwarzarbeit, der Ausbeutung von
20 Kurierfahrer*innen, Steuerbetrug, Hygieneverstößen sowie Betrug bei Mietwagenfirmen
21 und Fahrdienstleistern.

22 Das Gewerbe- und Ordnungsamt soll auch verstärkt als Ansprechpartner für kleine Betriebe
23 dienen und diese präventiv begleiten – insbesondere bei Hygienestandards und im
24 Arbeitsrecht.

25 **Mietendeckel für Gewerbemieten**

26 Wir setzen uns weiterhin beim Bund für die Schaffung eines Gewerbemietenkatasters und
27 eines Gewerbemietendeckels ein, um langfristig die Mieten von kleinen, lokal verankerten
28 Unternehmen zu stabilisieren. Gerade Einzelhandel, Gastronomie und soziale Angebote sind
29 bedroht durch steigende Gewerbemieten. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen wollen
30 wir prüfen, inwieweit Instrumente wie Mietbegrenzungen, Fördertöpfe oder strukturelle
31 Unterstützung möglich sind.

32 **Tourismus und Nachtökonomie**

33 Wir fördern nachhaltigen Tourismus im Bezirk, der Kultur und die lokale Wirtschaft
34 verbindet. Wir fordern vom Bezirk ein eigenes Tourismuskonzept, dass den Stärken des
35 Bezirks in seiner Vielfältigkeit gerecht wird und sie angemessen bewirbt. Beispielsweise
36 könnte der Bezirk Audioführer entwickeln, die für Tourist*innen, aber auch für Bürger*innen
37 nützlich sein können. Dafür stärken wir die Zusammenarbeit mit visitBerlin und nutzen die
38 Förderstrukturen des Tourismuskonzeptes 2018+.

1 Die Gastronomie in Ausgehvierteln wie dem Nollendorf- oder Akazienkiez gehört zu unserer
2 Identität: Wir setzen uns für faire Rahmenbedingungen ein, die auch Spät- und
3 Nachtbetriebe ermöglichen. Dafür nutzen wir die neuen Bestimmungen im neu zu
4 schaffenden Berliner Landesgaststättengesetz - unter Berücksichtigung von Lärmschutz und
5 Anwohner*innen. Wir wollen so rechtliche Möglichkeiten prüfen, die verhindern sollen, dass
6 Kneipen, Restaurants oder Clubs durch neue Anwohnende "weggeklagt" werden.

7 Gleichzeitig setzen uns dafür ein, dass „Nachtschwärmer*innen“ sich in unserem Bezirk
8 willkommen und sicher fühlen. Diskriminierendes Verhalten, egal von welcher Seite,
9 tolerieren wir nicht.

10 **Diskriminierungsfreie Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit**

11 Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie Wirtschaft ein: Kein Mensch soll aufgrund von
12 Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Alter benachteiligt werden beim
13 Zugang zu Märkten, Fördermitteln oder Aufträgen. Wir werden Programme fördern, die
14 unterrepräsentierten Gruppen (z. B. Frauen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung)
15 den Zugang zu Unternehmensgründung, Weiterbildung oder Netzwerken erleichtern.

16 **Ausschöpfung von Fördermitteln**

17 Wir wollen, dass der Bezirk zur Finanzierung wirtschaftspolitischer Vorhaben das Ziel der
18 aktiven Ausschöpfung von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln verfolgt, insbesondere für
19 nachhaltige Entwicklung, Gründerförderung, Stadtentwicklung.

20 **Märkte**

21 Märkte leisten einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung, zum sozialen Leben in den Kiezen
22 und zu einer gesunden, nachhaltigen Ernährung. In Tempelhof-Schöneberg wollen wir die
23 bestehenden Marktstandorte stärken und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein solidarisches
24 Marktsystem, in dem starke Märkte schwächere Standorte mittragen, um eine verlässliche
25 Versorgung mit bezahlbarem, ökologisch und regional angebautem Obst und Gemüse in
26 allen Stadtteilen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Wiederbelebung eines
27 Marktstandorts in Marienfelde sowie die gezielte Aufwertung und Stabilisierung von
28 Märkten, die bislang weniger frequentiert sind. So sichern wir Vielfalt, Qualität und
29 Zugänglichkeit der Wochenmärkte im gesamten Bezirk.

30

2 Ein zukunftsester Bezirk

2a Stadtentwicklung für einen lebenswerten und bezahlbaren Bezirk

Berlin und Tempelhof-Schöneberg wachsen. Jedes Jahr kommen viele neue Menschen in unsere Stadt, weil sie hier leben, arbeiten und sich entfalten wollen. Diese Entwicklung ist eine Chance, verpflichtet uns aber, Stadtentwicklung sozial gerecht, ökologisch verantwortungsvoll und demokratisch zu gestalten. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Stadtentwicklung muss aktiv gesteuert werden und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein.

Wir stehen für eine solidarische und lebenswerte Stadt für alle, die hier leben oder dazukommen. Alle haben die gleichen Rechte, Chancen und Pflichten. Stadtentwicklungspolitik muss der Spaltung der Stadt entgegenwirken und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Ortsteilen sichern. Bezahlbares Wohnen, lebendige Kieze, gute Arbeit, Grün- und Freiräume, kulturelle Angebote sowie Orte der Begegnung und Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

Unsere Stadtentwicklungspolitik ist kiez- und sozialraumorientiert. Sie berücksichtigt die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Ortsteilen und bindet die Menschen vor Ort frühzeitig und verbindlich in Planungs- und Entscheidungsprozesse ein.

Bürger*innenbeteiligung ist für uns das zentrale Steuerungsinstrument guter Stadtentwicklung. Dabei kommt der Bezirksverordnetenversammlung und ihren Fachausschüssen eine entscheidende Rolle zu.

Mieter*innenschutz und gemeinwohlorientiertes Bauen ist unsere Priorität

Der wachsende Bedarf an Wohnraum darf nicht zur Verdrängung von Menschen aus ihren Kiezen führen. Unsere Wohnungspolitik beruht deshalb auf zwei gleichwertigen Säulen: der Sicherung des Bestands und dem Neubau bezahlbarer Wohnungen für alle Einkommensgruppen. Nur wenn Mieter*innen vor steigenden Mieten geschützt sind, entsteht die notwendige Planungssicherheit für sozial verträglichen Neubau. Ziel muss sein, dass mindestens die Hälfte aller neuen Wohnungen gemeinwohlorientiert entsteht – insbesondere im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Nach dem Prinzip der kooperativen Baulandentwicklung wollen wir das Prinzip der städtebaulichen Verträge auch bei Kleinstvorhaben nutzen.

Deshalb unterstützen wir einen Mietestopp als landespolitische Maßnahme, der den Bezirken Luft verschafft, um den dringend notwendigen Wohnungsbau voranzubringen. Dafür braucht es eine klare rechtliche Grundlage, die es den Ländern ermöglicht, wirksame Mietregulierungen einzuführen. Wir erwarten vom Land Berlin, sich auf Bundesebene für die notwendigen Gesetzgebungskompetenzen einzusetzen und auf Landeebene die Realisierung über Artikel 15 Grundgesetz vorzubereiten. Die Einführung eines digitalen

1 Wohnungskatasters noch vor dem Wahltag schafft Transparenz und die Grundlage für die
2 Wohnungsaufsicht gegen rechtswidrige Mieten und Wohnverhältnisse vorzugehen. Darüber
3 hinaus ist eine gesetzliche Sozialquote bei Neuvermietungen für alle Großvermieter der
4 richtige Weg.

5 Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, die auf Bundesebene mit einem beschleunigten
6 Planungs- und Genehmigungsrecht, dem sogenannten Bauturbo, geschaffen werden. Ziel ist
7 es, Planungs- und Genehmigungsprozesse deutlich zu beschleunigen, ohne demokratische
8 Beteiligung oder soziale und ökologische Standards aufzugeben. Diese Instrumente wollen
9 wir transparent, unter Beteiligung der Bezirksverordnetenversammlung und der
10 Öffentlichkeit einsetzen. Bei Planungsprozessen sollen die Belange von Kindern und
11 Jugendlichen berücksichtigt werden und informelle Räume für Jugendliche mitgedacht
12 werden.

13 **Flächen strategisch steuern**

14 Wir setzen auf eine aktive kommunale Boden- und Liegenschaftspolitik und entwickeln eine
15 bezirkliche Gesamtstrategie zur Öffnung städtischer Bauflächen für kommunalen und
16 genossenschaftlichen Wohnungsbau. Verfahren sollen standardisiert, Planungszeiten
17 verkürzt und frühzeitig Flächen für den sozialen Wohnungsbau gesichert werden.

18 Ein zentrales Instrument ist dabei das strategische Flächenmanagement des Bezirks. Dessen
19 Arbeit wollen wir transparenter machen, regelmäßig auswerten und stärker politisch
20 begleiten. Ziel ist es, vorhandene Potenziale besser zu nutzen und deutlich mehr
21 Bebauungspläne auf den Weg zu bringen. Ergänzend prüfen wir systematisch alle
22 versiegelten und erschlossenen Flächen auf Wohnungsbau- und Verdichtungspotenziale.
23 Zwischennutzungen leerstehender Gebäude und Flächen wollen wir erleichtern, um Räume
24 temporär für Soziales, Kultur und Nachbarschaft zu öffnen.

25 Nachverdichtung muss behutsam und sozialverträglich erfolgen. Die Nachverdichtung am
26 Mühlentberg hinter dem Rathaus Schöneberg zeigt, wie auf kommunalem Boden trotz hoher
27 Grundstückspreise neuer, zu einem erheblichen Teil öffentlich geförderter Wohnraum
28 entstehen kann. Solche Projekte sind Vorbilder für sozial gesteuerte Stadtentwicklung.

29 **Bestand schützen, Verdrängung verhindern**

30 Luxusneubau darf nicht zur weiteren Gentrifizierung von Kiezen beitragen. Deshalb nutzen
31 wir die bezirklichen Spielräume und die starke Stellung der BVV bei Bebauungsplanverfahren
32 konsequent und formulieren in Verhandlungen mit Bauträgern klare Anforderungen an
33 Zuschnitt, Ausstattung und Ausrichtung von Wohnungen. Gemischte Quartiere wollen wir
34 auch planungsrechtlich stärken, etwa durch die Ausweisung urbaner Gebiete.

35 Den Schutz bestehender Kieze sichern wir durch soziale Erhaltungsgebiete, kommunale
36 Vorkaufsrechte sowie Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverordnungen. Gerade die
37 Zweckentfremdung von Wohnraum durch gewerbliche Nutzungen wie Kanzleien oder Büros
38 wollen wir konsequent bekämpfen und Wohnraum wieder seiner eigentlichen Nutzung

1 zuführen. Die Möglichkeit der Ausweisung neuer sozialer Erhaltungsgebiete wollen wir
2 weiterhin aktiv nutzen. Für Bereiche mit besonderem Aufwertungs- und Verdrängungsdruck,
3 etwa in der Schöneberger Linse, soll geprüft werden, ob die Einführung einer sozialen
4 Erhaltungssatzung möglich ist.

5 Ergänzend ist das Wohnungsaufsichtsrecht zu verschärfen und konsequent anzuwenden.
6 Wenn Gebäude verfallen gelassen werden, ist die Einsetzung einer Treuhänderschaft ein
7 notwendiges Mittel. Dieses Instrument muss berlinweit genutzt werden. In Tempelhof-
8 Schöneberg setzen wir uns für die schnellstmögliche Treuhandeinsetzung in der
9 Odenwaldstraße 1 ein.

10 Stadtentwicklung bedeutet auch, das bauliche Erbe zu bewahren. Denkmalschutz ist ein
11 wichtiges Instrument sozialer Stadtentwicklung, das politisch aktiv genutzt werden muss.
12 Historische Ensembles prägen Identität und stabilisieren Kieze. Die Gründerzeitbauten mit
13 ihren Fassadenensembles in Friedenau sind ein Beispiel dafür, wo Denkmalschutz geprüft
14 und politisch angestoßen werden kann.

15 Denkmalschutz und Barrierefreiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der
16 Schutz historischer Bausubstanz darf nicht dazu führen, dass der Zugang zu Wohnungen,
17 öffentlichen Gebäuden oder kulturellen Angeboten verwehrt wird. Wir setzen uns dafür ein,
18 dass Barrierefreiheit in Genehmigungsverfahren als gleichrangiges öffentliches Interesse
19 berücksichtigt wird und auch bei denkmalgeschützten Gebäuden pragmatische, barrierefreie
20 Lösungen ermöglicht werden.

21 Mieter*innen brauchen Unterstützung. Deshalb wollen wir die Mieter*innenberatung im
22 Bezirk stärken und auf der Webseite des Bezirksamtes einen Wohngeld-Rechner integrieren,
23 damit Ansprüche schnell und unkompliziert geprüft werden können.

24 **Klimagerecht planen**

25 Der Gebäudebestand ist ein zentraler Ansatzpunkt für den kommunalen Klimaschutz,
26 insbesondere im Mietwohnungsbau. Energetische Sanierungen müssen dazu beitragen,
27 Energieverbrauch und Emissionen zu senken, ohne Mieter*innen finanziell zu überfordern
28 oder aus ihren Wohnungen zu verdrängen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht zu
29 steigenden Warmmieten führen; Einsparungen bei den Energiekosten müssen bei den
30 Haushalten ankommen.

31 Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubau und Sanierung die Absicherung energetischer
32 Standards gewährleistet wird und zugleich der Anteil bezahlbaren, öffentlich geförderten
33 Wohnraums erhalten bleibt. Lokale Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsprojekte, die sich in
34 den Kiezen für die Wärmewende einsetzen, wollen wir durch Beratung, Vernetzung und
35 verlässliche Ansprechpartner unterstützen. Gleichzeitig sollen innovative Projekte der
36 Wärmewende stärker in den Fokus rücken, etwa die Nutzung von Abwärme aus
37 Rechenzentren oder aus Abwasseranlagen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung.
38 Klimaschutz ist für uns kein Zusatz, sondern Bestandteil einer verantwortungsvollen
39 kommunalen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.

1 Inklusiv und alltagstauglich bauen

2 Wo neue Quartiere entstehen, müssen Verkehrsanbindung, soziale Infrastruktur,
3 Barrierefreiheit und Energieversorgung von Anfang an mitgeplant werden. Soziale
4 Infrastruktur ist verbindlicher Bestandteil jeder Quartiersentwicklung. Inklusive
5 Stadtentwicklung bedeutet, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei jedem
6 Projekt mitzudenken. Neue Quartiere müssen gut erreichbar sein und in zukunftsfähige
7 Lösungen wie Nahwärmenetze eingebunden werden.

8 Barrierefreiheit ist für uns ein zentraler Bestandteil sozial gerechter Stadtentwicklung.
9 Neben einer konsequenten Kontrolle und Ahndung von Verstößen gegen die gesetzlichen
10 Vorgaben – insbesondere im Wohnungsneubau – setzen wir auf die gezielte Planung
11 barrierefreier Wegebeziehungen sowie auf gut erreichbare und nutzbare Angebote wie
12 Seniorenfreizeiteinrichtungen, Beratungsstellen, Arztpraxen, soziale Projekte und
13 Gewerberäume. Barrierefreie Räumlichkeiten sollen dabei von Anfang an mitgeplant und bei
14 Bedarf auch aktiv eingefordert werden.

15 Im Bezirk ansässige soziale Initiativen unterstützen wir dabei, geeignete barrierefreie Räume
16 zu finden oder bestehende Standorte baulich anzupassen. Barrierefreiheit im öffentlichen
17 Raum heißt für uns außerdem, dass Märkte, Friedhöfe, Grünflächen und Spielplätze
18 einschließlich barrierefreier Spielgeräte für alle zugänglich sind. Dazu gehört ebenso der
19 Zugang zu Kunst, Gedenkort und Naturerlebnissen durch barrierefrei gestaltete
20 Informationstafeln – etwa mit gut lesbarer Gestaltung, Brailleschrift und digitalen
21 Ergänzungen.

22 Gender Mainstreaming in der feministischen Stadtentwicklung bedeutet, die
23 unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller Geschlechter systematisch in
24 sämtliche Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ziel ist eine Stadt, die für
25 alle Menschen gleichermaßen zugänglich, sicher und nutzbar ist. Von einer solchen
26 geschlechtergerechten Planung profitieren nicht nur Frauen, sondern auch Kinder, ältere
27 Menschen, Personen mit Behinderungen sowie Menschen mit Sorge- und
28 Pflegeverantwortung. Öffentliche Räume, Wege, Parks und Plätze sollen barrierefrei,
29 vielfältig nutzbar und sicher gestaltet werden. Um dies zu gewährleisten, wollen wir
30 Gleichstellungs- und Fachstellen frühzeitig und verbindlich in alle Planungsprozesse
31 einbeziehen, damit Sicherheit, Nutzbarkeit und Teilhabe von Anfang an mitgedacht werden.

32 Arbeiten, Wirtschaft und Stadt zusammendenken

33 Stadtentwicklung ist auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wir setzen uns für den Erhalt
34 und die profilierte Weiterentwicklung von Gewerbestandorten, Einkaufsstraßen und
35 kleinteiligen Betrieben ein. Die Mischung von Wohnen und Arbeiten ist Grundlage einer
36 Stadt der kurzen Wege. Auch Werks-, Beschäftigten- und Auszubildendenwohnungen wollen
37 wir bei geeigneten Standorten unterstützen.

38 Unser Leitbild ist die 15-Minuten-Stadt. In allen Teilen von Tempelhof-Schöneberg sollen die
39 wichtigsten Orte des Alltags – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Freizeit und Erholung –

1 möglichst fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar sein. Dazu gehören auch pragmatische
2 Lösungen zur Entlastung der Kieze, etwa die Nachtöffnung großer Parkplätze von
3 Supermärkten, Möbelhäusern oder vergleichbaren Einrichtungen, um den Parkdruck in den
4 Wohnstraßen zu reduzieren.

5 **Stadt und Umland gemeinsam entwickeln**

6 Stadtentwicklung endet nicht an der Bezirksgrenze. Wir setzen auf eine enge
7 Zusammenarbeit mit dem Berliner Umland, um Wohnen, Arbeiten und Verkehr gemeinsam
8 zu entwickeln.

9 Richtschnur unseres Handelns sind die Ziele nachhaltiger Entwicklung. Auf dieser Grundlage
10 gestalten wir Stadtentwicklung in Tempelhof-Schöneberg sozial, inklusiv und zukunftsfest.
11 Diese Leitlinien bilden den Rahmen unserer Stadtentwicklungspolitik. Im Folgenden
12 konkretisieren wir sie anhand zentraler Projekte und Orte in Tempelhof-Schöneberg.

13 **Wir schaffen 500 bezahlbare Wohnungen in der Neuen Mitte Tempelhof**

14 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hat die städtebauliche Entwicklung
15 des Umfelds des Rathauses Tempelhof angestoßen, in deren Rahmen nun unter anderem
16 hunderte bezahlbare Wohnungen, ein neues Stadtbad, ein Kulturbau Stein mit Bibliothek,
17 Galerie, Volkshochschule und Musikschulangeboten und ein Haus der Jugendverbandsarbeit
18 entstehen sollen. Die Neue Mitte Tempelhof soll zur stadtentwicklungspolitischen Priorität
19 des Bezirks Tempelhof-Schöneberg in den nächsten Jahren werden. Nachdem auf der
20 Landesebene der dazugehörige Bebauungsplan beschlossen wurde, muss jetzt sichergestellt
21 werden, dass die Bauarbeiten auf dem Areal wie geplant im Jahr 2026 beginnen und der
22 Neubau des Polizeiabschnitts in der Götzstraße so schnell wie möglich fertiggestellt wird,
23 damit die weiteren Schritte der städtebaulichen Neuordnung erfolgen können. In diesem
24 Zusammenhang soll auch der Dorfanger Alt-Tempelhof in den Blick genommen werden. Mit
25 einer Verbreiterung des Angers, einem teilweise Rückbau der Straße Alt-Tempelhof und
26 einer denkmalgerechten Aufwertung des Bereichs soll ein neuer Stadtplatz mit
27 Freizeitmöglichkeiten wie ein Sozialcafé entstehen, der Aufenthaltsqualität bietet.

28 **Das Tempelhofer Feld bleibt Naherholungsgebiet**

29 Das Tempelhofer Feld soll den Menschen in Tempelhof-Schöneberg und Berlin als Ort der
30 Erholung und Entspannung, der Begegnung und des Sports, aber auch des Gedenkens
31 erhalten bleiben. Es ist ein wichtiges Naherholungsgebiet unseres Bezirks. Wir werden es in
32 seiner heutigen Funktion erhalten und behutsam weiterentwickeln. Es muss geprüft werden,
33 wie die Aufenthaltsqualität für Besucher*innen des Feldes, insbesondere für ältere
34 Menschen und Familien, durch kleine bauliche Verbesserungen (beispielsweise Bänke,
35 Sonnenschutz, Toiletten) zeitnah gesteigert werden kann. Solange in Berlin die bisher für
36 den Wohnungsbau vorgesehenen Flächen ungenutzt bleiben, kommt ein Wohnungsbau auf
37 dem Tempelhofer Feld nicht in Frage. Das Flughafengebäude möchten wir beleben und für
38 vielfältige Nutzungen öffnen.

39

1 Schöneberger Linse als Quartier für alle Menschen

2 Zwischen dem S-Bahnhof Schöneberg und dem Bahnhof Südkreuz entsteht auf der
3 „Schöneberger Linse“ ein neuer Stadtteil mit vielen hinzuziehenden Menschen und
4 Büroarbeitsplätzen. Währenddessen ist auf dem EUREF-Gelände am Gasometer ein
5 profiliertes Forschungs- und Innovationsstandort für Energieeffizienz und neue Mobilität und
6 Zukunftsthemen entstanden. Diese Entwicklung ist eine Erfolgsgeschichte für die Stadt und
7 den Bezirk und zugleich steigen die Herausforderungen für das soziale Miteinander. Wir
8 wollen die Vielfalt im Kiez erhalten, es darf nicht zu Verdrängung kommen. Die weiteren,
9 noch offenen Bauaktivitäten werden wir aufmerksam begleiten und wollen darauf
10 hinwirken, dass sich die Neubauten möglichst in das bestehende Umfeld einfügen. Die
11 soziale Infrastruktur wird durch die Umnutzung der ehemaligen Teske-Schule zur
12 Grundschule und den neuen Sportplatz mitwachsen, die vorgesehenen Maßnahmen zur
13 Beruhigung der Verkehrssituation bringen für das gesamte Umfeld eine Erleichterung. Mit
14 der zügigen Schaffung und Gestaltung des Charlotte-Wolff-Platzes an der Kreuzung
15 Gotenstraße/Ella-Barowsky-Straße soll der Kiez einen zentralen Treffpunkt erhalten.

16 Aufenthaltsqualität auch am Tor zur „City West“

17 Wir werden die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung des Bereichs Kleiststraße, An
18 der Urania und Nollendorfplatz als Tor zur „City West“ weiter voranbringen. Der Straßenzug
19 soll attraktiver und belebter werden und Anschluss an die City West erhalten. Die
20 stadträumlich ausufernde Straße An der Urania muss urbaner werden und ihren Charakter
21 als „Schneise durch die Stadt“ verlieren. Für den Nollendorfplatz verfolgen wir eine
22 Neugestaltung mit mehr Raum und Sicherheit für den Rad- und Fußverkehr, mehr
23 Grünflächen und höherer Aufenthaltsqualität.

24 Städtebauliches Entwicklungskonzept für Alt-Mariendorf endlich umsetzen

25 Das auf Initiative der SPD-Fraktion bereits im Jahr 2016 vorgelegte städtebauliche
26 Entwicklungskonzept Alt-Mariendorf muss endlich umgesetzt werden. Wir möchten, dass die
27 Wohnungsbaupotenziale auf den landeseigenen Flächen an der Reißbeckstraße und der
28 Straße Am Heidefriedhof in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften oder
29 einer Wohnungsbaugenossenschaft genutzt werden. An der bisher nur autogerechten
30 Kreuzung zum Mariendorfer Damm soll ein Stadtplatz entstehen, der als neues Zentrum des
31 Stadtteils fungieren und zum Verweilen einladen soll.

32 Lichtenrader Bahnhofstraße attraktiver machen

33 Nach dem Umbau möchten wir die Lichtenrader Bahnhofstraße wieder zu einem lebendigen
34 Zentrum entwickeln und zukunftsfest machen. Wir werden ein Geschäftsstraßen-
35 Management einführen, mit dem die Gewerbetreibenden untereinander sowie mit dem
36 Bezirksamt besser vernetzt werden, damit auf städtebauliche und wirtschaftspolitische
37 Bedarfe frühzeitig eingegangen werden kann. Die Neugestaltung des Woolworth-
38 Grundstücks, in deren Rahmen neue Wohnungen und Gewerbeflächen entstehen sollen,
39 begrüßen wir. Sie muss sich jedoch baulich und wirtschaftlich in die Bahnhofstraße einfügen
40 und darf insbesondere den bestehenden Einzelhandel nicht gefährden.

2b Grünanlagen, Naturschutz, Klima

In Tempelhof-Schöneberg sind Grünflächen weit mehr als Erholungsräume – sie sind Lebensqualität, klimaentlastende Freiräume und Orte der Begegnung. Grünanlagen, Parks, Kleingärten und Spielplätze laden zur Erholung, zum Sport und zur individuellen Freizeitgestaltung ein. Ergänzt werden sie durch Gewässer, Teiche und Pfuhe sowie naturnahe Bereiche mit besonderer Bedeutung für Naturschutz und Umwelt. Mit fast 600 Hektar Erholungsflächen prägen diese Räume das Stadtbild und erfüllen zugleich wichtige klimatische und ökologische Funktionen.

Unser Ziel ist es, die Grünanlagen im Bezirk dauerhaft zu sichern und gezielt weiterzuentwickeln. Dafür braucht es verbindliche Pflegekonzepte, regelmäßige Kontrollen und ein verlässliches Investitionsprogramm – etwa für Spielplätze, Hundauslaufbereiche, Sitzgelegenheiten und barrierefreie Zugänge und Wege. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Berlins grüne Lunge in Tempelhof-Schöneberg geschützt und verantwortungsvoll weiterentwickelt wird.

Attraktive Parks und Grünanlagen

Trotz angespannter Haushaltslage und personeller Engpässe wollen wir unsere Grünanlagen attraktiv, gepflegt und nutzbar halten. Deshalb prüfen wir, welche Aufgaben in Pflege, Reinigung und Management sinnvoll in landeseigener Verantwortung übernommen werden können.

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Projekte umgesetzt: Die Umgestaltung des Kleistparks wurde abgeschlossen, im Volkspark Mariendorf laufen umfangreiche Sanierungsmaßnahmen. Auf unsere Initiative hin konnten zudem weitere Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität angestoßen werden – etwa am Grazer Platz, im Erna-Proskauer-Park und entlang des Lichtenrader Grabens. Dennoch kommt die Weiterentwicklung vieler Grünanlagen noch zu langsam voran.

Wir wollen alle bestehenden Grünflächen schützen. Bei Neubauvorhaben sollen private Investoren verpflichtet werden, neue Grünflächen zu schaffen oder bestehende Anlagen zu sanieren. Flächensparendes Bauen und die Umnutzung bereits versiegelter Flächen haben dabei Vorrang, um wohnungsnahe Grünräume zu erhalten.

Bürgerschaftliches Engagement spielt eine wichtige Rolle bei der Pflege von Grünflächen. Initiativen und Vereine – etwa im Volkspark Lichtenrade, in der Gartenstadt Neu-Tempelhof oder am Grazer Platz – verdienen Anerkennung und Unterstützung. Dabei bleibt klar: Die Verantwortung des Bezirks darf dadurch nicht ersetzt werden. Pflegevereinbarungen und Patenschaften, etwa für Baumscheiben, können das Wohnumfeld zusätzlich aufwerten.

Für saubere Parks setzen wir uns für mehr farblich gekennzeichnete Mülleimer und häufigere Leerungen ein. Die Parkläufer*innen tragen mit ihrer Präsenz zu Sauberkeit und einem friedlichen Miteinander bei – wir fordern ihre langfristige Weiterfinanzierung ausdrücklich.

Wo Menschen Parks regelmäßig als Wegebeziehung nutzen – etwa auf dem Weg zur Schule, zur Arbeit, zur Bahn oder zu sozialen Einrichtungen – setzen wir uns für bedarfsgerechte

1 Beleuchtung ein. Bedarfslampen sollen insbesondere an stark frequentierten
2 Querungswegen installiert werden, damit Parks auch in der Dunkelheit sicher und
3 alltagstauglich nutzbar bleiben.

4 Barrierefreiheit ist auch im öffentlichen Raum unser Anspruch. Dazu gehören barrierefreie
5 Zugänge zu Grünflächen, Friedhöfen, Märkten und Spielplätzen ebenso wie inklusive
6 Spielgeräte und barrierefreie Informationsangebote, etwa durch Brailleschrift oder digitale
7 Unterstützung.

8 Die Marienhöhe ist seit Jahren gesperrt und ein Sorgenkind des Bezirks. Nach langer
9 Untätigkeit sollte die Nachbarschaft diesen Naherholungsraum endlich wieder nutzen
10 können. Wir wollen den notwendigen Druck erhöhen, um eine bauliche Lösung für den
11 Regenwasserabfluss zu erreichen. Wir fordern sichtbare Maßnahmen in dieser Wahlperiode,
12 damit der Berg mit seiner Geschichte, dem Amphitheater und der Aussichtsplattform wieder
13 zugänglich wird und um Bewegungsangebote ergänzt wird.

14 Der Lichtenrader Graben soll als wohnortnaher Grün- und Bewegungsraum und sichere
15 Wegeverbindung behutsam weiterentwickelt werden. Ziel ist eine Aufwertung, die Erholung,
16 Bewegung und Klimaanpassung verbindet – durch bessere Pflege, Beschattung,
17 Sitzgelegenheiten sowie ergänzende Sport- und Bewegungsangebote.

18 Auch der Tempelhofer Parkfriedhof verdient besondere Aufmerksamkeit. Mit der
19 Entwidmung als Friedhofsfläche bietet sich die Chance, hier sowohl Parkflächen als
20 Naherholungsflächen als auch gedeckte und ungedeckte Sportanlagen zu schaffen, um
21 dringend benötigte Sportangebote zu ermöglichen und das Sicherheitsgefühl vor Ort zu
22 stärken.

23 Den Nelly-Sachs-Park in Schöneberg wollen wir gezielt aufwerten. Drogenkonsum,
24 Vandalismus und Vermüllung beeinträchtigen die Nutzung und das Sicherheitsgefühl. Unser
25 Ziel ist ein sicherer, lebendiger Park, in dem sich alle Menschen wohlfühlen können.

26 Darüber hinaus wollen wir Dorfanger und größere Flächen des Straßenbegleitgrüns
27 schrittweise in Pocket-Parks umwandeln wie beispielsweise der Kiepertplatz in Marienfelde.
28 Auch die Fläche zwischen Apostel-Paulus-Straße, Münchener Straße und Salzburger Straße
29 soll zur Grünfläche gewidmet werden. Besonders wichtig ist uns die Entwicklung des
30 Friedrich-Wilhelm-Platzes: Er soll von einer Verkehrsfläche zu einem autofreien Platz mit
31 Parkcharakter umgestaltet werden. Lösungen für den öffentlichen Nahverkehr müssen dabei
32 mitgedacht werden.

33 **Teiche und Pfuhe schützen**

34 Teiche, Pfuhe und kleinere Gewässer sind wichtige ökologische Lebensräume. Sie erfüllen
35 zentrale Funktionen für Biodiversität, Wasserhaushalt und Klimaanpassung. Wir setzen uns
36 dafür ein, die mehr als 30 Teiche und Pfuhe wieder zu gesunden Ökosystemen zu
37 entwickeln. Viele leiden unter Wassermangel oder drohen umzukippen. Wir fordern
38 außerdem die ökologische Sicherung und naturnahe Entwicklung des Kynastteichs und der
39 Britzer Pfuhlkette, wobei Maßnahmen des Stillgewässer- und Artenschutzes, insbesondere
40 zum Schutz des rückläufigen Amphibienbestands, strategisch berücksichtigt werden sollen.

Mehr Bäume für Klimaschutz und Lebensqualität

Tempelhof-Schöneberg verfügt über rund 35.600 Straßenbäume – deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Hinzu kommen über 32.000 weitere Bäume in Parks, auf Friedhöfen, Schulhöfen und Sportanlagen. Ausreichende Haushaltsmittel für Neupflanzungen und die hohe Spendenbereitschaft der Bürger*innen im Rahmen der Stadtbaumkampagne zahlen sich aus.

In den kommenden Jahren sollen weitere tausende klimaangepasste Bäume gepflanzt werden, die Schatten spenden und Hitze mindern. Mit dem Berliner Baumschutzgesetz erhält der Bezirk zusätzliche Mittel für Pflege und Neupflanzungen. Wir wollen gemeinsam mit den Bürger*innen geeignete Standorte finden und Patenschaften für Jungbäume fördern. Entscheidend ist dabei die Auswahl robuster Arten, die mit zunehmender Trockenheit besser umgehen können.

Klimaschutz konsequent umsetzen

Unsere Bezirkspolitik leistet einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045. Wir wollen klimaresiliente, grün gestaltete und sozial nutzbare Erholungsräume schaffen – Hand in Hand mit der Bevölkerung und in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft. Grundlage dafür ist für uns das Schwammstadt-Prinzip: Entsiegelte Flächen sollen natürliche Kühlung ermöglichen und Regenwasser vor Ort versickern lassen. Öffentliche wie private Dächer wollen wir begrünen, um das Mikroklima zu verbessern und neue Lebensräume für Insekten zu schaffen. Mit all diesen Maßnahmen entstehen verkehrsberuhigte Zonen, die nicht nur dem Klima dienen, sondern allen Menschen als Aufenthalts- und Begegnungsräume offenstehen.

In hitzebelasteten Kiezen sollen auf dieser Basis kühle Räume, Trinkbrunnen und Schatten durch Bäume für alle zugänglich sein. Wir sorgen dafür, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Kühlinselfen nicht bei rein technischen Maßnahmen stehen bleiben, sondern – nach dem Vorbild von KiezCOOL – zu echten sozialen Begegnungsorten mit Sitzgelegenheiten, Schatten und Trinkwasser werden, die in maximal 150 Metern erreichbar sind. Ergänzend wollen wir bei extremer Hitze Wassernebelanlagen erproben, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und besonders gefährdete Menschen zu schützen.

Damit sozial gerechter Klimaschutz gelingt, braucht es eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten: Wir unterstützen die Klimaschutzbeauftragte im Bezirksamt, die Maßnahmen zu koordinieren und gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Unternehmen und Eigentümerinnen umzusetzen. Auch die Nutzung von Wärme aus der Kanalisation für Nahwärmenetze soll sorgfältig geplant und im Dialog erfolgen – mit Rücksicht auf den Baumbestand. Recycling wollen wir durch feste BSR-Kieztage stärken, die zugleich als Tauschmärkte und Nachbarschaftstreffe den sozialen Zusammenhalt fördern.

Kleingärten dauerhaft sichern

Die SPD Tempelhof-Schöneberg bekennt sich ausdrücklich zum überarbeiteten Kleingartenentwicklungsplan, der die Kleingartenflächen auf kommunalen Grundstücken dauerhaft sichert. Kleingartenflächen auf privatem Grund sind stärker gefährdet – hier

1 wollen wir den Bestandsschutz im Rahmen der Möglichkeiten durch Bebauungspläne
2 erhöhen. Wir sorgen für bessere Erreichbarkeit der Gärten durch ausreichende Parkplätze
3 und barrierefreie Zugänge, damit Kleingärten auch künftig Orte der Gemeinschaft bleiben.

4 **Naturschutzstation**

5 Die Naturschutzstation Marienfelde ist ein zentraler Ort für Umweltbildung und Naturschutz.
6 Im Freizeitpark Marienfelde und der Feldmark sorgt die Naturschutzstation für eine intakte
7 Umwelt und ein gesundes Ökosystem. Artenvielfalt, Landschaftspflege und Aufzucht von
8 durch Trockenheit bedrohter Amphibien sind Teil ihrer Aufgabe.

9 Wir wollen den Betrieb dauerhaft sichern, langfristige Verträge ermöglichen und die
10 Naturwacht Berlin e.V. in eine stabile Landesfinanzierung überführen. Das Gelände der
11 ehemaligen Bezirksgärtnerei ist eine wichtige Ausgleichsfläche und soll als
12 Landschaftsschutzgebiet erhalten und perspektivisch erweitert werden.

13 **Spielplätze**

14 Spielplätze sind wichtige Treffpunkte für Familien. In Tempelhof-Schöneberg gibt es rund
15 170 öffentliche Spielplätze. Viele wurden in den vergangenen Jahren neu gebaut, saniert und
16 sicherer gemacht. Die enge Begleitung durch die bezirkliche Spielplatzkommission hat dazu
17 beigetragen, dass der Bezirk berlinweit eine Vorreiterrolle bei Investitionen einnimmt.

18 Mit verstärkter Reinigung sorgen wir für mehr Sauberkeit und Aufenthaltsqualität und
19 werden diesen Weg fortsetzen. Wir setzen uns weiterhin für sichere, saubere, moderne,
20 inklusive und alternative Spielplatzformen ein. Dazu gehört auch, dass wir endlich einen
21 vollständig barrierefreien Spielplatz im Bezirk schaffen und bestehende Spielplätze
22 schrittweise mit mehr inklusiven Spielgeräten ausstatten.

23 Wo private Bauherren zur Herstellung von Spielflächen verpflichtet sind – etwa an den
24 Britzer Wiesen – müssen die vorgesehenen Mittel konsequent eingesetzt und bestehende
25 Verträge eingehalten werden. So entstehen zusätzliche Spiel- und Bewegungsangebote,
26 insbesondere in Kiezen, in denen neue Familien zuziehen und Spielplätze knapp sind.

2c Mobilität für den ganzen Bezirk

Mobilität soll verbinden, nicht trennen.

Wir stehen zum Berliner Mobilitätsgesetz und dem Vorrang des Umweltverbunds (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr). Verkehrsinfrastruktur ist immer eine Abwägung aller Interessen, Maßgabe unseres Handelns ist der Schutz der jeweils schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen.

In Zeiten angespannter finanzieller und personeller Haushaltslagen konzentrieren wir uns auf machbare, verbindende Projekte, so dass durchgehende Fuß- und Radwege sowie Wegebeziehungen und barrierefreie Umstiegsmöglichkeiten zum ÖPNV gewährleistet werden. Große Pilotprojekte sind wichtig, um die Mobilitätswende voranzubringen, noch wichtiger ist es, begonnene Maßnahmen schnell und konsequent umzusetzen und erfolgreich zu Ende zu führen.

Den Umweltverbund stärken

Wir wollen die neuen Möglichkeiten der reformierten StVO nutzen, nach der bei der Straßenraumgestaltung neben der Verkehrssicherheit auch Aufenthaltsqualität, Gesundheitsschutz und Klimaanpassung gefördert werden sollen.

Die autogerechte Stadt ist nicht zukunftsfähig, wir sehen die Zukunft der städtischen Mobilität in Berlin im Umweltverbund. Wir wollen eine gemeinsame Infrastruktur, die allen Bürger*innen gerecht wird.

Einige Kreuzungen in unserem Bezirk, z.B. An der URANIA, Innsbrucker Platz und Attilaplatz, sind noch aus der Zeit der autogerechten Stadt und dauerhafte Unfall-Hotspots. Sie entsprechen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und genügen nicht den heutigen Sicherheitsstandards. Deswegen fordern wir einen Umbau, um den Fuß- und Radverkehr sicherer zu gestalten.

Um den Umweltverbund zu stärken, fordern wir, dass Ampelschaltungen grundsätzlich am Umweltverbund ausgerichtet werden. Tempo 30 möchten wir nicht nur vor Schulen, Kitas, Senioreneinrichtungen und zum Lärmschutz einführen, sondern als Höchstgeschwindigkeit auf allen Hauptstraßen. Der positive Effekt von Tempo 30 auf Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität in der Stadt ist längst nachgewiesen.

Sicherer Fuß- und Radverkehr

Wir setzen uns für sichere Radwege und geschützte Radstreifen auf den Hauptrouten des Radverkehrsnetzes ein. Zugleich wollen wir das Fußverkehrsnetz vorrangig umsetzen, um so auch für den Fußverkehr sichere und angenehme Angebote zu schaffen. Dort, wo Fuß- und Radverkehr gemeinsame Wege nutzen, setzen wir uns für Lösungen ein, die ein konfliktfreies Miteinander erlauben. Wir setzen uns für die fortgesetzte Umsetzung des Radvorrang- und Ergänzungsnetzes in Tempelhof-Schöneberg ein.

Wir fordern, dass die auf Bezirksebene beschlossenen Radverkehrsanlagen auf den Hauptverkehrsstraßen, die in Verantwortung der Landesebene liegen, endlich umgesetzt werden.

Neben dem Ausbau der Hauptrouten setzen wir uns für den Ausbau der Radschnellwegeverbindung RSV 6 (Teltowkanalroute) ein. Wir fordern, dass der Bezirk Tempelhof-Schöneberg wieder eine übergeordnete Radverbindung bekommt und dass die südlichen Abschnitte der Radialroute 11 wieder in das Radwegeprogramm aufgenommen werden, um Teltow an das Land Berlin mit einem Radweg anzubinden. Diese Verbindung ist sehr wichtig, um Pendler*innen eine Alternative zur Fahrt mit dem PKW anzubieten.

Der Ausbau der Fußverkehrswege darf nicht zu Gunsten des rollenden Verkehrs, also motorisierter Verkehr, Radverkehr und eRoller, vernachlässigt werden. Wir fordern deutlich sichtbare Fußverkehrsquerungen, auch in Fahrradstraßen. Wo Radwege die Fußverkehrswege kreuzen, fordern wir Rüttelstreifen und taktile Felder sowie andere Markierungen, die die Fußverkehrswege deutlich machen und andere Verkehrsteilnehmende zur Rücksicht aufrufen.

Fußwege dürfen nicht weiter zugestellt werden. Gehwegschäden müssen beseitigt und historische Fußwege mit Kopfsteinpflaster in allen Teilen unseres Bezirks barrierefrei ausgebaut werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Wir fordern die Beschleunigung der Bordsteinabsenkungen in Abstimmung mit dem Beirat von und für Menschen mit Behinderungen.

ÖPNV und Sharingangebote

Beim ÖPNV gibt es klare Prioritäten: wir wollen Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit als erstes Ziel. Auf hochfrequentierten Linien muss die Taktung wieder erhöht werden, das gilt für Bus, S- und U-Bahn. Besonders in den Ortsteilen außerhalb des S-Bahn-Rings muss (mittel- bis langfristig) das ÖPNV-Netz schrittweise ausgebaut werden, um Lücken zu schließen. Ruf- und Expressbusse halten wir für eine sinnvolle Ergänzung des Angebots, ebenso wie autonom fahrende U-Bahnen. Im Ausbau des ÖPNV sehen wir den zentralen Hebel, um den Menschen eine Alternative zum eigenen PKW zu ermöglichen.

Wir setzen uns weiterhin für die bessere Anbindung von Lichtenrade an Alt-Mariendorf durch den Einsatz von U-Bahn-Expressbussen ein, mit dem Ziel, den Pendlerverkehr zu reduzieren. Nach Realisierung der Dresdner Bahn und Modernisierung des S-Bahnhofs Buckower Chaussee stellt die Realisierung eines Regionalbahnhofs Buckower Chaussee ein Kernvorhaben dar. Wir erwarten die Bestellung bei und Umsetzung durch die Deutsche Bahn entsprechend des Berliner Nahverkehrsplans und dem i2030-Infrastrukturprogramm. Dort ist auch die zeitnahe Einrichtung eines zusätzlichen S-Bahnhofs Kamenzer Damm zur besseren Erschließung der dortigen Wohn- und Gewerbegebiete vorgesehen. Das Vorhaben soll durch das Land Berlin und die Deutsche Bahn prioritär planfestgestellt und in die Umsetzung gebracht werden.

Wir fordern die Finanzierung für den barrierefreien Umbau aller Bushaltestellen.

Wir wollen Shared Mobility ausweiten, bezahlbarer machen, und insbesondere Jelbi-Stationen auch flächendeckend in Randgebieten einrichten, um etwa E-Scooter auf Gehwegen zu verhindern und zusätzliche Angebote zur Ergänzung des ÖPNV-Netzes zu schaffen. Wir begrüßen das stationsgebundene Car-Sharing und fordern eine Ausweitung auf die Stadtteile außerhalb des S-Bahn-Ringes. Die kommerzielle Nutzung des öffentlichen

1 Raums durch private Anbieter von Leihangeboten muss von diesen mit Gebühren
2 angemessen bezahlt werden. Der öffentliche Raum ist Gemeingut, seine Nutzung dient dem
3 Gemeinwohl vor kommerziellen Interessen.

4 Damit wir in Tempelhof-Schöneberg den ÖPNV Mix langfristig auch wieder um
5 Straßenbahnen erweitern können, fordern wir perspektivisch die Realisierung der
6 Straßenbahnverbindung Leipziger Straße-Schlossstraße.

7 **Motorisierter Individualverkehr: die Zukunft ist elektrisch.**

8 Wir sehen die Zukunft des motorisierten Individualverkehrs in der E-Mobilität. Deshalb
9 wollen wir die Ladeinfrastruktur in Tempelhof-Schöneberg erhalten und ausbauen und
10 Fördermittel in den Bezirk holen.

11 Ladeinfrastruktur auf öffentlich zugänglichen privaten Flächen, wie z.B. Tankstellen,
12 Parkplätzen und Parkhäusern, möchten wir fördern. Wir fordern außerdem die Förderung
13 neuer, innovativer Konzepte für Lademöglichkeiten, so dass Alternativen zu den
14 herkömmlichen Systemen gefunden und ausgebaut werden können.

15 **Stadtentwicklung und Verkehrsplanung**

16 Straßensanierung ist unumgänglich, besonders für die darunterliegende Infrastruktur. Bei
17 den zukünftig anstehenden Sanierungen der Berliner Wasserbetriebe, die in den nächsten
18 Jahrzehnten mehrere Abwasserdruckrohrleitungen im Bezirk sanieren müssen, fordern wir
19 eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landes- und Bezirksebene und den Berliner
20 Wasserbetrieben. Ziel muss es sein, den Umleitungsverkehr nicht durch angrenzende
21 Wohngebiete zu leiten. Auch darf der Umleitungsverkehr nicht andere wichtige Bauprojekte
22 behindern. Gleichzeitig ist es wichtig, Straßenbäume zu erhalten. Wir möchten in der
23 Umgebung der absehbaren Baustellen schon jetzt Straßenbäume als zukünftigen Ausgleich
24 pflanzen und vorausschauend angrenzende Flächen entsiegeln, so dass sich die Belastung
25 durch baubedingte Baumfällungen verringert. Wir setzen uns dafür ein, dass die
26 Baumaßnahme schnell und mit so geringen Belastungen wie möglich für die Anwohnenden
27 durchgeführt wird.

28 Für die Kreuzung und den Stadtraum Alt-Mariendorf fordern wir weiterhin die Umgestaltung
29 nach dem vorgestellten Stadtentwicklungskonzept.

30 **Öffentliche Flächen und Verkehrsplanung**

31 Neue Formen der Mobilität benötigen mehr öffentlichen Raum. Menschen-, stadt- und
32 klimagerechte Mobilität benötigt in Teilen eine Umverteilung des öffentlichen Raumes.
33 Neugewonnene Räume wollen wir nutzen, um Aufenthaltsqualität und Sicherheit zu
34 erhöhen.

35 Fahrradabstellanlagen möchten wir weiterhin an Kreuzungen platzieren, da dadurch die
36 Einsehbarkeit gesteigert wird. Das trägt zur Sicherheit bei. E-Mobilität benötigt
37 Lademöglichkeiten. Wo es möglich ist möchten wir diese am Gehwegrand aufstellen. In
38 Situationen, wo dies aus Platzgründen nicht möglich ist, soll die Fahrbahn (Parkstreifen)
39 genutzt werden.

1 **Barrierefreiheit**

2 Barrierefreiheit muss in der Verkehrsplanung von Anfang an mitgedacht und konsequent
3 umgesetzt werden. Im öffentlichen Straßenraum heißt das vor allem, Hindernisse abzubauen
4 und sichere, gut nutzbare Zugänge zu schaffen. Dazu gehören breitere Gehwege, abgesenkte
5 Bordsteine, barrierefreie Querungen, ausreichend dimensionierte Parkplätze für Menschen
6 mit Behinderungen sowie Haltemöglichkeiten für Pflegedienste und haushaltsnahe
7 Dienstleistungen. Eckenparken an Kreuzungen lehnen wir ebenso ab wie das Zuparken
8 barrierefreier Überwege.

9 Wir wollen die systematische, flächendeckende und zügige Umsetzung von Barrierefreiheit
10 im öffentlichen Straßenland auf Grundlage eines durchgängigen Wegesystems und eines
11 Fußwegeplans. Maßgeblich sind dabei die Prioritäten des Beirats von und für Menschen mit
12 Behinderungen. Die notwendigen Maßnahmen – etwa Gehwegabsenkungen, taktile
13 Bodenplatten insbesondere an Bushaltestellen, Akustiksignale an Ampeln sowie die
14 Überprüfung und Anpassung zu kurzer Ampelphasen – müssen personell und finanziell
15 abgesichert werden. Schraffierungen an abgesenkten Bordsteinen sollen das Zuparken
16 verhindern. Poller auf Gehwegen sind zu entfernen, wenn sie nicht der Verkehrssicherheit
17 dienen; wo sie notwendig sind, müssen sie gut sichtbar gestaltet werden. Auch
18 Sitzgelegenheiten sind als Bestandteil barrierefreier Wegeführungen mitzudenken.

19 Die Umsetzung erfordert eine konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch das
20 bezirkliche Ordnungsamt. Um Fortschritte transparent zu machen, wollen wir einen
21 jährlichen Statusbericht zur Barrierefreiheit sowie einen jährlichen Fortschrittsbericht zur
22 Umsetzung der Aufgaben des Mobilitätsgesetzes vorlegen.

23 **Beteiligung**

24 Verkehrspolitik in einer Metropole besteht immer aus Kompromissen und muss die
25 Ausgangssituation vor Ort im Blick haben. Transparente Kommunikation sowie viele,
26 barrierefreie und frühzeitige Beteiligungschancen bei den nötigen Veränderungen vor Ort
27 sind uns besonders wichtig. Insbesondere mit den unterschiedlichen verkehrspolitischen
28 Interessenverbänden wollen wir weiterhin in einem ständigen, konstruktiven Austausch
29 bleiben.

30 **Sichere Schulwege**

31 Schulwege müssen für alle Altersgruppen sicher sein - ohne Kompromiss! Alle
32 verkehrsplanerischen Maßnahmen müssen dahingehend geprüft werden. Wir fordern
33 weiterhin die Erstellung von Schulwegeplänen, die mit den Schulen abgestimmt werden
34 müssen. Damit Kinder das sichere Verkehrsverhalten lernen und üben können, setzen wir
35 uns für den Erhalt aller Jugendverkehrsschulen im Bezirk und einen weiteren Standort im
36 Süden des Bezirks ein.

37 Für die Einhaltung der Verkehrsregeln fordern wir Informationsprogramme zu
38 Schwerpunktthemen für Bürger*innen jeden Alters und die Ausweitung der Fahrradstaffeln
39 der Polizei, deren Einsatz sich bewährt hat.

40

1 **Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg**

2 Die durch den Bezirk verlaufenden Bundesstraßen B101 und B96 sind für viele Pendler der
3 Weg zur Arbeit in die Stadt hinein. Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit mit dem
4 Land Brandenburg ein, um die Pendler schon am Stadtrand zu einem Wechsel vom PKW zum
5 Umweltverbund zu bewegen. Deswegen fordern wir die zügige Umsetzung der i2030-
6 Projekte (z.B. Erneuerung und Verlängerung der Stammbahn) und weitere Maßnahmen zur
7 Verringerung des PKW-Verkehrs wie z.B. B+R- und P+R-Umsteigemöglichkeiten.

8

3 Ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk

3a Familie, Jugend, Kita – Der Bezirk als Partner in allen Lebensabschnitten

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Familien gerne in Tempelhof-Schöneberg leben und sich hier wohlfühlen. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und Generationen füreinander einstehen. Egal ob Vater, Mutter, Kind, alleinerziehend, als Regenbogenfamilie, Patchworkfamilie, gemeinsam mit Großeltern oder in Pflegefamilien – jede Familie findet Unterstützung und Förderung in Tempelhof-Schöneberg. – jede Familie findet Unterstützung und Förderung in Tempelhof-Schöneberg. Damit Familien Verantwortung tragen können, brauchen sie eine Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten.

Das Jugendamt - Partner für alle Familien

Unser Jugendamt bietet Kindern, Jugendlichen und Eltern beste Unterstützung. Die Erziehungs- und Familienberatung, Kinder- und Jugendreisen, Elterngeld, Kitagutscheine oder unsere Jugendfreizeiteinrichtungen verdeutlichen das vielfältige Angebot. Mit dem „Haus der Gesundheit und Familie“ in der Rathausstraße wurde eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, in der Familien einen schnellen und effektiven Überblick der unterschiedlichen Leistungen bekommen. Wir wollen auch künftig die wichtige Arbeit des Jugendamtes hervorheben. Es geht darum, Ängste und Hemmschwellen abzubauen. Wir wollen ein Jugendamt, das als fester Partner verstanden wird.

Ergänzend zum zentralen Service Counter in der Rathausstraße sind in den Regionen Nord und Süd bereits Familienservicebüros entstanden. Wir setzen uns dafür ein, diese Standorte so auszubauen und die Mitarbeitenden so zu qualifizieren, dass dort künftig auch zu Unterhalt und Elterngeld beraten sowie Anträge entgegengenommen werden können. Ziel sind kurze Wege für Familien. Die Familienservicebüros sollen die zentrale Anlaufstelle für alle Leistungen des Jugendamts sein und zugleich passende Unterstützungsangebote für Familien in der Region vermitteln. Wir stehen für eine bürgernahe und familienfreundliche Verwaltung. Wir setzen uns auch weiterhin für eine bessere Bezahlung des Personals im Jugendamt ein.

Kinderbetreuung - Passende Angebote für Familien bereithalten

Tempelhof-Schöneberg hat ein gutes und breites Angebot an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder bis sechs Jahre. Auch in unserem Bezirk hat jedes Kind Anspruch auf einen gebührenfreien Tagespflege- oder Kita-Platz. Dafür hat die SPD lange gestritten. Mit dem Kitaneubau in der Rathausstraße haben wir auf gestiegene Bedarfe in den letzten Jahren reagiert. Flexible Öffnungszeiten für Eltern im Schichtdienst oder mit späten Arbeitszeiten sind dabei sehr wichtig. Deshalb setzen wir weiter auf einen Mix der Angebote: Tagesmütter und -väter, Tagesgroßpflegestellen, Kinderläden, Kindertagesstätten in öffentlicher oder freier Trägerschaft.

1 Angebote für Eltern - Beratung und Unterstützung, die stärkt

2 Familienzentren sind Orte des Austausches, der Beratung und Bildung. Tempelhof-
3 Schöneberg ist mit den Familienzentren in Marienfelde, Tempelhof, im Schöneberger
4 Norden und in Friedenau im Landesprogramm vertreten.

5 Wir unterstützen den Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen. Dort wird der präventive
6 Kinderschutz gemeinsam mit relevanten Institutionen und Freien Trägern koordiniert und
7 umgesetzt. Durch das Netzwerk wird der Schwerpunkt auf Prävention gelegt und der Zugang
8 für Familien zu Unterstützungsangeboten erleichtert. Alle Lebensphasen finden im
9 Jugendamt Unterstützung. Gemeinsam werden die passenden Angebote gefunden.

10 Damit Kinder und Jugendliche gleichberechtigt teilhaben können, wollen wir den Einsatz von
11 Schulhelfer*innen und Schül*innen ausbauen und ihre Arbeit im Bezirk weiter
12 stärken.

13 Guter Kinderschutz braucht qualifiziertes Personal

14 Die angespannte Personalsituation im Bezirk darf nicht dazu führen, dass im sensiblen
15 Bereich des Kinderschutzes und der Familienfürsorge Stellen verloren gehen oder Aufgaben
16 vernachlässigt werden. Kinder müssen wirksam geschützt werden, wenn sie
17 Vernachlässigung oder Gewalt ausgesetzt sind. Damit das Jugendamt in solchen Fällen
18 verantwortungsvoll und umsichtig handeln kann, braucht es ausreichend qualifiziertes
19 Personal, das Familien rechtzeitig unterstützt und Gefährdungen erkennt. Eine stabile
20 personelle Ausstattung ist daher unverzichtbar, um das Wohl der Kinder zu sichern und den
21 Schutzauftrag des Bezirks dauerhaft zu gewährleisten.

22 Im Jugendhilfeausschuss Tempelhof-Schöneberg wird monatlich zur Personalsituation in den
23 Regionalen Sozialen Diensten berichtet. Die Unterstützung des Bezirksamts bei der weiteren
24 Verbesserung der personellen Ausstattung bleibt unser zentrales Ziel zur Stärkung des
25 Kinderschutzes.

26 Jugend stärken

27 Die Stärkung der Jugendfreizeiteinrichtungen ist uns ein besonderes Anliegen. Gute
28 Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung, zur
29 Persönlichkeitsentwicklung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kinder und
30 Jugendliche sollen im geschützten Raum basteln, malen, sich ausprobieren und gestalten,
31 abhängen, sich verlieben, tanzen, schauspielern oder musizieren, Sport treiben, auf
32 Gedenkstättenfahrten lernen und vieles mehr.

33 Auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen wollen wir die bestehenden Angebote der
34 Jugendarbeit erhalten und nach Kräften stützen. Langfristig bleibt es unser Ziel, die
35 Jugendarbeit im Bezirk weiter auszubauen, Angebote zu erweitern und neue Formen der
36 Beteiligung zu ermöglichen. Unser Fokus liegt darauf, die vorhandenen Strukturen zu sichern
37 und gezielt dort zu investieren, wo sie den größten Nutzen für Kinder und Jugendliche
38 entfalten.

1 Besonders wichtig ist uns dabei die Unterstützung des queeren Jugendzentrums sowie die
2 Kooperation mit dem Nachbarbezirk Steglitz-Zehlendorf, um queere Jugendarbeit
3 gemeinsam zu stärken und jungen Menschen geschützte, vielfältige und solidarische Räume
4 zu bieten. Ebenso setzen wir uns für den Erhalt und die Stärkung der zweiten bezirklichen
5 Freizeiteinrichtung ausschließlich für Mädchen ein. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur
6 Förderung von Mädchen und jungen Frauen auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben und
7 bietet ihnen einen sicheren Schutzraum. Die Jungenarbeit ergänzt diesen Ansatz, indem sie
8 Jungen ermutigt, Rollenbilder zu reflektieren und ihren Platz in einer gleichberechtigten
9 Gesellschaft zu finden.

10 Wir unterstützen das Jugendkulturzentrum „Die Weiße Rose“ mit seinem Schwerpunkt auf
11 Kultur-, Band- und Theaterarbeit für Jugendliche darin, gemeinsam mit jungen Menschen
12 kulturelle Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Der Bestand dieser wichtigen
13 Einrichtung muss gesichert und die Angebote für Jugendliche weiter ausgebaut werden.
14 Kommerzielle Angebote gehören nicht in die Jugendfreizeit, sondern diese soll Raum für
15 Beteiligung, Kreativität und selbstbestimmte Freizeitgestaltung bieten.

16 In Zukunft wollen wir zudem den baulichen Zustand der Einrichtungen verbessern. Der
17 Instandsetzungsrückstau in den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen muss konsequent
18 abgebaut werden. Das Jugendamt hat die Vorbereitung und Steuerung der baulichen
19 Maßnahmen bereits übernommen. Wichtig ist nun, dass die Planungen mit hoher Priorität
20 vorangetrieben und strategische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Angebote
21 einbezogen werden.

22 Der Standort steht fest – nun gilt es, die bauliche Planung für das Haus der Jugend zügig
23 voranzutreiben. Wir stehen für die Umsetzung des Hauses der Jugend und wollen im Bezirk
24 einen zentralen Ort schaffen, an dem Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendhilfe gebündelt
25 und gestärkt werden. Besonders wichtig ist uns, dass hier die selbstverwaltete Jugendarbeit
26 ein Zuhause findet.

27 Der angespannte Mietenmarkt und der Platzmangel erschweren es den freien Trägern der
28 Jugendhilfe, passende Räume zu finden. Wir wollen, dass das Jugendamt die Träger dabei
29 aktiv unterstützt – etwa bei der Suche nach geeigneten Räumen, bei Abstimmungen mit
30 anderen Fachämtern und bei der Entwicklung tragfähiger Nutzungskonzepte.

31 **Das Kinder- und Jugendparlament: Eine Erfolgsgeschichte**

32 Kinder und Jugendliche haben in Tempelhof-Schöneberg die Möglichkeit, ihren
33 Vorstellungen und Wünschen Gehör zu verschaffen. Wir stärken die Kinderrechte und
34 wollen das Kinder- und Jugendparlament weiter ausbauen. Es ist der Ort zum Austausch von
35 Ideen und ein wichtiger Impulsgeber für die Bezirksverordnetenversammlung geworden.
36 Kinder und Jugendliche müssen bei allen Entscheidungen, die ihren Alltag betreffen,
37 frühzeitig und verbindlich beteiligt werden. Ihre Sichtweisen und Erfahrungen sind
38 unverzichtbar, um gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden.

39 Wir wollen Maßnahmen gegen Kinderarmut weiter stärken und weiterentwickeln, damit alle
40 Kinder im Bezirk die gleichen Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein gutes Aufwachsen
41 erhalten.

- 1 Tempelhof-Schöneberg bleibt ein Bezirk, der Vielfalt als Stärke begreift und allen jungen
- 2 Menschen Schutz, Perspektiven und Zugang zu guten Angeboten bietet.
- 3

3b Bildung - Gute Voraussetzungen für das Lernen in Tempelhof-Schöneberg

Bildung ist der Schlüssel zu einer gerechten und sozialen Gesellschaft. Für die SPD Tempelhof-Schöneberg ist Bildung vor allem Chancengleichheit und soziale Teilhabe. In einer Stadt wie Berlin, die durch ihre Vielfalt und Diversität geprägt ist, darf es keine Barrieren beim Zugang zu guter Bildung geben. Deshalb setzen wir uns konsequent für ein inklusives, gerechtes und modernes Bildungssystem ein, das alle Kinder und Jugendlichen erreicht und ihnen gleiche Chancen auf Bildung und Entwicklung eröffnet.

In unseren Kitas beginnt Bildung spielerisch und gemeinsam. Sprache, Bewegung und soziale Kompetenz werden von Anfang an gefördert. Inklusion ist dabei gelebte Realität – jedes Kind wird so angenommen, wie es ist. Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen, damit der Übergang gelingt und kein Kind verloren geht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass allen Kindern und Jugendlichen ihren individuellen Förderbedarf in allen Lebensbereichen zuteil wird, um ihnen eine Teilhabe zu ermöglichen.

Gebührenfreie Bildung – Ein Grundrecht für alle

Für uns ist eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ein zentrales Anliegen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Geben wir allen Kindern die gleichen Chancen, unabhängig von ihrer Herkunft! Besonders für die Familien mit kleinem Geldbeutel, ist der Zugang zu kostenfreier Bildung ein entscheidender Vorteil. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass das Thema gebührenfreie Bildung nicht zur Diskussion gestellt wird, sondern als selbstverständlich gilt.

Dies betrifft insbesondere die Bereiche der frühkindlichen Bildung, der Schulbildung und der Hochschulbildung. Die SPD wird auch in Zukunft sicherstellen, dass kein Kind auf eine gute Bildung verzichten muss, weil Familien diese nicht leisten kann. Bildung muss für alle zugänglich sein – und zwar kostenfrei!

Inklusion im Bildungssystem stärken

Inklusion ist ein zentrales Anliegen der SPD. Die Inklusion von Kindern mit verschiedenen Bedürfnissen ist eine gesellschaftliche Bereicherung und sorgt dafür, dass wir als Gesellschaft stärker zusammenwachsen.

In Tempelhof-Schöneberg haben wir die inklusive Beschulung frühzeitig eingeführt, doch es bleibt noch viel zu tun. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in unserem Bezirk auch weiterhin auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Damit Inklusion im Schulalltag und in den Klassenzimmern gelingt, sind bauliche Barrieren konsequent abzubauen und barrierefreie Gebäude und Lernräume herzustellen. Gleichzeitig muss Barrierefreiheit auch im pädagogischen und sozialen Bereich weiterentwickelt werden. Dazu gehören die kontinuierliche Weiterqualifizierung der Lehrkräfte sowie zusätzliche Unterstützung durch Fachpersonal. Inklusion gelingt nur, wenn räumliche, pädagogische und personelle Voraussetzungen gemeinsam gestärkt werden.

1 **Gemeinschaftsschulen**

2 Gemeinschaftsschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, weil
3 sie längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und individuelle Bildungswege stärken. Wir
4 unterstützen daher die bestehenden und entstehenden Gemeinschaftsschulen in
5 Tempelhof-Schöneberg. Die Friedenauer Gemeinschaftsschule ist bereits erfolgreich im
6 Betrieb. Die Johanna-Eck-Schule und die Mascha-Kaléko-Schule begleiten wir aktiv auf ihrem
7 Weg zur Gemeinschaftsschule. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, diese Schulen beim
8 Aufbau gymnasialer Oberstufen zu unterstützen, um die Gemeinschaftsschule dauerhaft zu
9 stärken und sie für alle Schüler*innen als durchgängigen und attraktiven Bildungsweg bis
10 zum Abitur zu etablieren.“

11 **Medienkompetenz stärken – Schülerinnen und Schüler fit für die digitale Zukunft**

12 Im digitalen Zeitalter ist die Fähigkeit, sich sicher und verantwortungsvoll im Internet zu
13 bewegen, eine der zentralen Kompetenzen, die junge Menschen erwerben müssen. Deshalb
14 ist kritische Medienbildung ein wichtiger Bestandteil unseres Bildungsauftrags. Wir wollen,
15 dass Schüler*innen lernen, wie man digitale Technologien nutzt und wie man sich in einer
16 zunehmend vernetzten Welt kritisch, sicher und respektvoll verhält. Medienkompetenz
17 bedeutet für uns auch, Stärkung einer reflektierten Mediennutzung, um Fake News und
18 Desinformation zu erkennen. Gerade im Kontext von Social Media, wo Hass und Hetze leider
19 immer häufiger verbreitet werden, ist es wichtig, dass junge Menschen verstehen, wie sie
20 sich digital schützen und wie sie verantwortungsvoll mit ihren Daten umgehen. Wir fordern,
21 dass Medienbildung als verbindlicher Bestandteil des Lehrplans in allen Schulen verankert
22 wird und dass Schüler*innen bereits in der Grundschule auf diese wichtigen Themen
23 vorbereitet werden.

24 Die digitale Bildung muss ebenso wie der Umgang mit modernen Technologien zur Realität
25 jeder Schule gehören. Dafür setzen wir auf eine verstärkte Ausbildung und Fortbildung der
26 Lehrkräfte, damit sie ihre Schüler*innen bestmöglich auf die digitale Zukunft vorbereiten
27 können.

28 **Gewaltfreie Schulen – Auch im digitalen Raum**

29 Gewaltfreie Schulen sind die Grundlage für ein respektvolles Miteinander und ein sicheres
30 Lernumfeld. In Tempelhof-Schöneberg haben wir bereits eine Vielzahl von Projekten gegen
31 Mobbing und Diskriminierung in den Schulen ins Leben gerufen. Doch die
32 Herausforderungen sind vielfältig, besonders im digitalen Raum, wo sich Cybermobbing,
33 Hassrede und digitale Gewalt immer weiter verbreiten. Der digitale Raum, insbesondere die
34 sozialen Medien, birgt viele Gefahren, die die Schülerinnen und Schüler ohne die richtigen
35 Werkzeuge nicht immer selbstständig bewältigen können.

36 Wir setzen uns daher für eine verstärkte Präventionsarbeit sowohl im physischen als auch im
37 digitalen Raum ein. Dazu gehören verstärkte Aufklärungsprogramme und Workshops zu den
38 Themen Cybermobbing, Online-Hass und Diskriminierung sowie zu einem respektvollen
39 Umgang mit der digitalen Kommunikation. Schulen müssen nicht nur als Lernorte, sondern
40 auch als Schutzräume fungieren, in denen sich junge Menschen sicher fühlen können.
41 Präventionsarbeit ist in diesem Zusammenhang entscheidend – nicht nur auf der physischen

1 Ebene, sondern vor allem auch, um die Schüler*innen für die Gefahren des digitalen
2 Zeitalters zu sensibilisieren.

3 Zusätzlich fordern wir die Einführung von Verhaltensregeln und Schulungen, die den Umgang
4 mit Online-Kommunikation und -Interaktionen in den Mittelpunkt stellen. Cybermobbing soll
5 genauso wenig toleriert werden wie physische Gewalt.

6 **Aufklärung und Gleichberechtigung an Schulen fördern**

7 Diskriminierung aufgrund von Sexualität oder Geschlechtsidentität hat in unseren Schulen
8 keinen Platz. Wir setzen auf eine verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung zu Themen der
9 LSBT*I*A*Q+-Community, sowohl in den Schulen als auch in außerschulischen
10 Bildungsprojekten. Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung über die Rechte und die
11 Gleichberechtigung von queeren Menschen in allen Bildungseinrichtungen ein. Dazu gehört,
12 dass bereits in der Schule die Vielfalt der Geschlechteridentitäten und sexuellen
13 Orientierungen anerkannt und respektiert wird.

14 Queerfeindliche Äußerungen und Diskriminierungen haben an unseren Schulen keinen Platz.
15 Wir müssen sicherstellen, dass der Schulunterricht die Realität von Queer-Menschen
16 widerspiegelt und dass diese Themen ein selbstverständlicher Teil der Demokratie- und
17 Toleranzbildung werden. Dies muss durch regelmäßige Projekte, Workshops und
18 Unterrichtseinheiten über Gender und Sexualität gestützt werden. Wir möchten eine
19 Gesellschaft fördern, in der Vielfalt als Bereicherung wahrgenommen wird und keine Form
20 der Diskriminierung Platz hat.

21 **Demokratiebildung – Junge Menschen für die Zukunft stark machen**

22 Demokratie muss gelebt werden, und zwar nicht nur in der Theorie. Wir setzen uns dafür
23 ein, dass Schüler*innen schon früh lernen, Verantwortung zu übernehmen und
24 demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Demokratiebildung ist für uns eine zentrale
25 Aufgabe, die wir nicht nur im Politikunterricht verankern wollen, sondern auch in alltäglichen
26 schulischen Aktivitäten.

27 Schülervvertretungen, Demokratietage und Mitbestimmungsprojekte sind nur einige der
28 Initiativen, die wir weiter ausbauen wollen. Denn demokratisches Handeln muss auch
29 konkret erlebbar sein. Die Schüler*innen sollen lernen, dass ihre Stimme zählt und dass sie
30 selbst Einfluss auf das Geschehen in ihrer Schule und darüber hinaus haben können. Wir
31 wollen, dass junge Menschen Mitbestimmung erfahren, sich auch aktiv in die Gesellschaft
32 einbringen und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen.

33 **Saubere Schulen – Gute Lernbedingungen schaffen**

34 Saubere Schulen sind unverzichtbar für gutes Lernen. Das betrifft nicht nur die sanitären
35 Anlagen, sondern auch die generelle Pflege und Ausstattung der Gebäude. Wir wollen, dass
36 alle Schulen regelmäßig gereinigt werden und dass die Sanitäreinrichtungen sowie Klassenräume
37 stets in einem guten Zustand sind. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Schulreinigung
38 durch den Bezirk erfolgt. Gleichzeitig stehen viele Reinigungskräfte unter hohem Zeit- und
39 Leistungsdruck, oft bei unzureichender Personalausstattung und schwierigen

1 Arbeitsbedingungen. Das wirkt sich auf die Qualität der Reinigung ebenso aus wie auf die
2 Gesundheit der Beschäftigten.

3 Gute Lernbedingungen entstehen nicht nur durch eine moderne Ausstattung, sondern auch
4 durch ein sauberes und gut gepflegtes Umfeld. Ein sauberes Schulgebäude ist ein
5 respektvoller Umgang mit den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und allen
6 Beteiligten. Wir setzen uns für die Rekommunalisierung der Schulreinigung ein, um
7 tarifgebundene, faire und sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem setzen wir
8 uns für die Wiederauflage eines Schultoilettensanierungsprogramms ein, um marode
9 Anlagen grundlegend zu erneuern und dauerhaft hygienische Standards sicherzustellen.

10 **Garantierter Sportunterricht – Bewegung für alle**

11 Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer gesunden Entwicklung. Sportunterricht muss
12 an allen Schulen gewährleistet sein – sowohl im Pflichtbereich als auch in den
13 Ganztagsangeboten. Bewegung fördert nicht nur die körperliche Fitness, sondern auch die
14 sozialen Kompetenzen und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Wir setzen uns dafür ein, dass
15 alle Schulen ausreichend sportliche Angebote haben und der Sportunterricht regelmäßig und
16 verlässlich stattfindet.

17 **Berufsorientierung für eine starke Zukunft**

18 Bereits in der Schule möchten wir den Jugendlichen helfen, ihre Interessen und Stärken zu
19 erkennen und praktische Erfahrungen zu sammeln, verschiedene Berufsfelder
20 auszuprobieren und wichtige Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen. In Zusammenarbeit mit
21 lokalen Betrieben bietet der Bezirk zahlreiche Kooperationen an, die den Schüler*innen
22 einen direkten Einblick in die Arbeitswelt ermöglichen.

23 Ein weiteres wichtiges Instrument ist die Jugendberufsagentur in der Alarichstraße, in der
24 Jugendliche gebündelte Unterstützung von Agentur für Arbeit, Jobcenter, Senatsverwaltung
25 und Jugendamt erhalten. Hier werden sie individuell beraten und bei der Suche nach
26 Ausbildungsplätzen oder Studienmöglichkeiten unterstützt.

27 **Außerschulische Lernorte als Bereicherung**

28 Tempelhof-Schöneberg bietet zahlreiche außerschulische Lernorte, die die schulische
29 Bildung sinnvoll ergänzen. Die Gartenarbeitsschule mit Freilandlabor am Schöneberger
30 Sachsendamm vermitteln praktisches Wissen zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Diese
31 außerschulischen Angebote fördern das Umweltbewusstsein der Jugendlichen und bieten
32 ihnen die Möglichkeit, aktiv an Naturprojekten teilzunehmen. Vor allem für Kinder und
33 Jugendliche ist es wichtig, unabhängig von finanziellen Möglichkeiten einen Raum zu haben,
34 um sich kreativ zu entfalten.

35 Auch die Jugendkunstschule bietet Kindern und Jugendlichen Raum zur kreativen Entfaltung.
36 In Workshops zu Fotografie, Malerei und Keramik können sie ihre künstlerischen Talente
37 entwickeln und ihre kreativen und sozialen Fähigkeiten ausbauen. Diese Angebote sind eine
38 wertvolle Ergänzung zum regulären Unterricht und fördern die persönliche Entwicklung der
39 jungen Menschen.

1 **Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung**

2 Die Verkehrssicherheit hat in einer wachsenden Stadt wie Berlin besondere Bedeutung. An
3 den Jugendverkehrsschulen am Sachsendamm und an der Friedenstraße lernen Kinder und
4 Jugendliche, sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen. „Fit für die Straße“ und
5 Geschicklichkeitstraining sind wichtige Angebote, die Verkehrsregeln vermitteln, die
6 motorischen Fähigkeiten und das Selbstbewusstsein stärken. Der Standort Sachsendamm
7 steht jedoch vor einer ungewissen Zukunft. Wir setzen uns für eine dauerhafte
8 Unterbringung der Jugendverkehrsschule vor Ort ein, wissen aber, dass die weitere
9 Entwicklung derzeit offen ist. Deshalb werden wir uns mit allen zur Verfügung stehenden
10 Mitteln dafür einsetzen, dass in diesem Bereich des Bezirks auch künftig eine
11 Jugendverkehrsschule erhalten bleibt. Darüber hinaus setzen wir uns für einen weiteren
12 Standort im Süden Bezirks ein.

13 **Zusammenarbeit und Vernetzung stärken**

14 Neben den klassischen Schulformen setzen wir auf die Vernetzung von Schulen mit
15 außerschulischen Einrichtungen. Ziel ist es, die bestehenden Angebote bekannter zu machen
16 und die Zusammenarbeit mit Freizeiteinrichtungen zu intensivieren. Damit können wir den
17 Jugendlichen eine noch größere Vielfalt an Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

18 Wir sind davon überzeugt, dass Berufsorientierung, Kreativität und praktische Erfahrungen
19 entscheidend sind, um den Jugendlichen in Tempelhof-Schöneberg eine starke Basis für ihre
20 Zukunft zu bieten. Indem wir sie frühzeitig in die Arbeitswelt einführen, ihre kreativen
21 Talente fördern und durch außerschulische Lernorte erweitern, schaffen wir eine gute
22 Grundlage für ihren beruflichen Einstieg.

23 Die enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Betrieben und außerschulischen Lernorten
24 sorgt dafür, dass die Jugendlichen gut vorbereitet und selbstbewusst in die Berufswelt
25 eintreten können.

4 Ein engagierter Bezirk

4a Bürgerschaftliches Engagement – eine Stütze der Demokratie

Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie unverzichtbar. Nach den Erfahrungen der Pandemie wird dies auch immer wichtiger, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Menschen engagieren sich freiwillig in vielen Bereichen, zum Beispiel in Schulen, Kultureinrichtungen oder Krankenhäusern, wirken in Bürger*inneninitiativen mit oder spenden zu Gunsten des Gemeinwohls. Auch in Sportvereinen, Sozialverbänden und Nothilfeorganisationen helfen Ehrenamtliche anderen Menschen, die sich in Notlagen befinden, die Gemeinschaft suchen oder ihre Fähigkeiten entwickeln wollen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und ausbauen.

In Tempelhof-Schöneberg können wir bereits auf die erfolgreiche Arbeit des bezirklichen Ehrenamtsbüros zurückgreifen. Hier werden Bürger*innen, die sich engagieren wollen, mit Trägern, Vereinen oder anderen Freiwilligen vernetzt. Zugleich sorgt das Ehrenamtsbüro für eine bessere Sichtbarkeit der Aktivitäten, etwa durch die Organisation des Nachbarschaftsfestes vor dem Rathaus Schöneberg oder die Durchführung von Veranstaltungen zur Würdigung des Engagements. Diese Arbeit muss ausgebaut und bekannter gemacht werden, sodass mehr Nachbar*innen davon profitieren können. Es bedarf einer zusätzlichen Stelle im Ehrenamtsbüro, um den Anforderungen möglichst umfassend gerecht werden zu können.

Wir wollen darüber hinaus die Bedeutung und die Möglichkeiten freiwilliger Tätigkeiten bekannter machen. Wir stellen hierfür weitere finanzielle Mittel zur Verfügung. Dabei wollen wir möglichst alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen und ansprechen, insbesondere diejenigen, die wir mit den bisherigen Maßnahmen noch nicht erreichen konnten. Wer sich engagieren will und dabei Unterstützung braucht, muss diese möglichst einfach und niedrigschwellig bekommen. Wir fordern daher bessere mehrsprachige Angebote. Die kurzfristige Überlassung von Räumen wollen wir verbessern. Die gegenseitige Kontaktaufnahme und Vernetzung von Ehrenamtlern wollen wir datenschutzkonform erleichtern. Deshalb wollen wir einen regelmäßigen Ansprechpunkt für Bürger*innen im Bezirk einrichten. Wir wollen diese bezirklichen Räume, wie z.B. das Büro für Beteiligungen, aktiver anbieten. Dabei wollen wir auch auf digitale Unterstützung zur Vernetzung zurückgreifen, etwa durch eine App zum Ausbau ehrenamtlicher Strukturen. So können zu den bestehenden Vereinsstrukturen weitere Formate entstehen, zum Beispiel in der freiwilligen Nachbarschaftshilfe beim Einkaufen oder gemeinsamen Aktivitäten.

In Tempelhof-Schöneberg wird bürgerschaftliches Engagement bereits anerkannt und gewürdigt, etwa durch die Verleihung der Verdienstmedaillen, des Integrationspreises oder der Ehrenamtskarten. Jugendliche werden für ihre Arbeit mit dem Jugendkompetenzpass ausgezeichnet. In einem nächsten Schritt wollen wir diese Anerkennungskultur ausweiten

1 und verstärkt darauf achten, dass auch Personen erkannt und ausgezeichnet werden, deren
2 Arbeit nicht in den bekannten Vereinsstrukturen, sondern – oft zu Unrecht – eher in weniger
3 sichtbaren Bereichen des täglichen Lebens stattfindet. Hierzu wollen wir einmal im Jahr mit
4 einem Empfang ehrenamtlich tätige Personen aus dem Bezirk für ihre geleistete Arbeit
5 würdigen.

6

4b Städtepartnerschaften

Unser Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist seit vielen Jahrzehnten über Grenzen hinweg eng vernetzt – mit insgesamt vierzehn Partnerstädten in Europa und darüber hinaus. Diese Städtepartnerschaften sind für uns nicht nur symbolische Freundschaftsbündnisse, sondern lebendige Brücken für Austausch, Solidarität und gemeinsame Projekte. Für die SPD Tempelhof-Schöneberg ist es ein zentrales Anliegen, dieses Netzwerk weiter zu stärken, auszubauen und für alle Bürger*innen des Bezirks erlebbar zu machen.

Zu unseren Partnerstädten zählen unter anderem Ahlen, der Landkreis Bad Kreuznach, Paderborn, Penzberg, Teltow-Fläming, der Werra-Meißner-Kreis und Wuppertal – Städte innerhalb Deutschlands, mit denen wir insbesondere im kulturellen, sportlichen und zivilgesellschaftlichen Austausch aktiv sind. Darüber hinaus pflegen wir bedeutende internationale Partnerschaften: mit Amstelveen (Niederlande), Barnet (London, UK), Charenton-le-Pont und Levallois-Perret (Frankreich), Koszalin (Polen), Mersin-Mezitli (Türkei) und Nahariya (Israel). Neu hinzugekommen ist eine Solidaritätspartnerschaft mit Mykolajiw in der Ukraine, in Anbetracht der aktuellen Krisensituation ein starkes politisches und menschliches Zeichen.

Diese Partnerschaften sind für unseren Bezirk von unschätzbarem Wert: Sie fördern den interkulturellen Austausch, stärken das gegenseitige Verständnis und öffnen Wege für gemeinsame Bildungs-, Sport-, Kultur- und Wirtschaftsprojekte. Die Erfahrungen aus internationalen Begegnungen – beispielsweise Jugendfilmfestivals, Sportturnieren oder Kulturfesten – zeigen, dass wir nicht nur voneinander lernen, sondern gemeinsam wachsen können.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein, die städtepartnerschaftliche Arbeit weiter zu fördern und sichtbarer zu machen.

4c Sportpolitik für alle gestalten

Die SPD Tempelhof-Schöneberg steht für eine Sportpolitik, die auf Bewegungsförderung, Inklusion, Nachhaltigkeit, soziale Teilhabe und ehrenamtliches Engagement setzt. Sie spricht alle Bevölkerungsgruppen an und stärkt die sportlichen Strukturen im Bezirk nachhaltig.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg sind zahlreiche Sportvereine aktiv, in denen sich viele Menschen ehrenamtlich einbringen und gemeinsam trainieren oder spielen. Dabei steht weniger der Wettkampf im Vordergrund als vielmehr das Miteinander. Vereine erfüllen eine wichtige soziale Funktion: Sie fördern Werte wie Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung, Offenheit und respektvollen Umgang. Sie schaffen Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Hintergründe zusammenfinden – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Einkommen, sexueller Identität oder körperlichen Voraussetzungen. Für sozialdemokratische Sportpolitik heißt das: Jede*r soll die Chance haben, genau die sportliche Aktivität auszuüben, die für sie* oder ihn* bedeutsam ist.

In den letzten Jahren konnten einige wichtige Maßnahmen umgesetzt werden: Sportanlagen wurden geschaffen und saniert, Schulsportthallen energetisch verbessert, Kooperationen zwischen Vereinen, Schulen und Bezirk wurden erweitert und sowohl der Breiten- und Jugendsport als auch der Frauen- und Mädchensport gefördert. Die von der SPD geforderte Meister*innenehrung würdigt seit 2023 Sportler*innen aus Tempelhof-Schöneberg, die Spitzenplätze in ihrer Sportart erringen konnten. Gleichzeitig wurde die Verleihung des Frauen- und Mädchensportpreises verstetigt. Dies wollen wir fortsetzen

Neue und bessere Sportanlagen

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Sportpolitik ist weiterhin der Ausbau und die Qualität der Sportinfrastruktur. Tempelhof-Schöneberg braucht weiterhin mehr Sportflächen. Dafür haben wir uns eingesetzt und werden das auch in Zukunft gemeinsam mit der Landesebene tun, um u.a. das Sportstättenanierungsprogramm wieder deutlich auszubauen. Förderprogramme des Bundes wie die „Sportmilliarde“ im Rahmen des Bundes-Sondervermögens sind ebenfalls verstärkt zu nutzen. Wir setzen deshalb weiter auf umfangreiche Sanierungen, klimafreundliche Modernisierung, barrierefreie Zugänge und die vielseitige Nutzbarkeit von gedeckten und ungedeckten Sportanlagen.

Sportanlagen sind Teil der sozialen Infrastruktur und müssen bei größeren Bauvorhaben - genau wie Kitas oder Schulen - konsequent mitgedacht werden. Gleiches gilt für die Prüfung von Sportanlagen auf größeren Gebäuden wie dem Einzelhandel oder anderen Unternehmen.

Die Ende 2021 erschienene „Integrierte kommunale Sportentwicklungsplanung“ bietet darüber hinaus eine Reihe von Vorschlägen für Standorte neuer und der Optimierung bestehender gedeckter und ungedeckter Sportanlagen. Diese Entwicklungsplanung muss die Grundlage für das weitere Handeln des Bezirks sein, und trotz knapper Haushaltsmittel nach und nach umgesetzt werden.

Zusammenarbeit mit dem Bezirkssportbund und den Sportvereinen

Sportvereine sind die tragende Säule des bezirklichen Sports, deren Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement auch in den kommenden Jahren gefördert und gestärkt werden muss. Wichtiger Ansprechpartner für die SPD ist und bleibt dabei der Bezirkssportbund als Interessenvertretung der Vereine, deren berechnigte Sorgen und Nöte, aber auch Ideen und Hinweise, wir sehr ernst nehmen.

Auch aus diesem Grund müssen wir in Zukunft über neue Wege nachdenken, wie den Vereinen mehr Verantwortung für ihre Sportanlagen übertragen werden kann. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass kleinere Sanierungen oder Instandhaltungsarbeiten auch durch den Verein durchgeführt werden können. Dies entlastet den Bezirkshaushalt und hilft dem Verein, der so schneller Unterstützung bekommen kann. Die SPD möchte die Möglichkeit prüfen lassen, ob und wie es Sportvereinen möglich gemacht werden kann, Sportanlagen, die sie seit vielen Jahren alleine nutzen, beispielsweise zu pachten und so mehr Eigenverantwortung in die Vereine zu geben. Des Weiteren wird die SPD in Zusammenarbeit mit der Landesebene prüfen, inwieweit die entsprechenden Sportanlagen dann auch durch Sponsoring von Unternehmen unterstützt werden können.

Wir setzen uns weiterhin für Transparenz in der Sportstättenvergabe ein. Die bereits begonnene Digitalisierung der Sportstättenvergabe stellt dabei auf der einen Seite Transparenz her. Auf der anderen Seite unterstützt sie die Vereine durch eine Erleichterung der Beantragung von Trainingszeiten und eine Verkürzung der Wartezeiten auf entsprechende Bescheide über die Vergaben.

Integrative Sportmöglichkeiten

Wir stärken Ehrenamt, qualifizierte Trainingsangebote und die Förderung von Frauen, Mädchen und Inklusionssport. Besonderes Augenmerk wird auf integrative Programme gelegt, die gemeinsames Training für Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen und durch Modernisierung von Sportanlagen unterstützt werden. Die SPD Tempelhof-Schöneberg wird zugleich die Vernetzung mit den Sportvereinen, sportlichen Initiativen und Jugendeinrichtungen ausbauen, um Bewegung im Alltag leichter zugänglich zu machen und soziale Gerechtigkeit im Sport zu schaffen. Das Projekt „Mitternachtssport“ und die „Winterspielplätze“ werden fortgeführt.

Individualsport/Sport im öffentlichen Raum

Auch der öffentliche Raum wird verstärkt zum Sportort: Bewegungsparcours, Sportplätze für Freizeitsport, Streetballflächen und niedrigschwellige Trainingsangebote ermöglichen Teilhabe ohne Anmeldung und schaffen Sichtbarkeit für Sport in der Stadt. Diese werden gemeinsam mit den bisher umgesetzten Projekten wie dem Ausbau von Kunstrasenplätzen oder der Einrichtung neuer Bewegungsangebote in Quartiersflächen und Grünanlagen nachhaltig verfestigt. Wir unterstützen hierbei weiter die Programme „Berlin bewegt sich“ und „Sport im Park“, die bereits erfolgreich umgesetzt wurden.

Die SPD Tempelhof-Schöneberg setzt auf eine Sportpolitik, die Sport als öffentliches Gut versteht und das Recht auf Bewegung für alle Menschen im Bezirk absichert – unabhängig

- 1 von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Einkommen. Wir setzen uns dafür ein, dass die
- 2 wichtigsten Grundsätze der Sportentwicklung – Infrastruktur, Teilhabe, Nachhaltigkeit,
- 3 Chancengleichheit, Digitalisierung und Kooperation – konsequent weitergeführt und zum
- 4 Nutzen aller Bürger*innen weiterentwickelt werden.

4d Kultur und Weiterbildung

Kultur ist der Spiegel unserer Gesellschaft. Sie ist Ausdruck unserer Identität und Raum, in dem Ideen entstehen und wachsen. Tempelhof-Schöneberg hat eine starke und vielfältige Kulturszene sowie bietet ein breites Spektrum inspirierender Kulturangebote. Das macht den Bezirk stark, denn Kultur kann Menschen zusammenbringen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebensweg. Außerdem trägt Tempelhof-Schöneberg als Berliner Bezirk maßgeblich zur Kultur der gesamten Stadt bei. Doch kulturelle Angebote – und mit ihnen die Künstler und Künstlerinnen – stehen derzeit unter hohem Druck. Gestrichene Fördertöpfe, bisher sicher geglaubte langfristige Finanzierung und auch die Tatsache, dass Kunst immer stärker Angriffen ausgesetzt ist, macht es notwendig, die Kultur weiter zu stärken. Kulturelle Bildung und künstlerischer Ausdruck stärken demokratisches Bewusstsein und sein zugleich Schutzschild unserer Demokratie. Wir wollen eine Kulturpolitik, die Freiräume schafft, kreativer Köpfe stärkt, offen ist für die Beteiligung von Bürger*innen und dafür sorgt, dass es für alle erschwingliche Angebote gibt.

Gedenken als Grundpfeiler unserer Kultur

Gedenktafeln erinnern an die Lebensleistungen von zahlreichen Persönlichkeiten in unserem Bezirk. Wir unterstützen den Tag des offenen Denkmals. Die Arbeit der bezirklichen Gedenktafelkommission unterstützen wir ausdrücklich. Die Umsetzung von neuen Gedenktafeln dauert oft zu lang. Daher wünschen wir uns, die Verfahren zu beschleunigen und zu entbürokratisieren. Die Instandsetzung und Pflege von Gedenktafeln und Denkmälern muss kontinuierlich gewährleistet werden.

Die Gedenkkultur an die Verfolgten und Opfer des NS-Regimes ist uns sehr wichtig. Wir unterstützen Bürger*innen und Initiativen bei der Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an die ermordeten jüdischen Bürger*innen. Ein wichtiger Erinnerungsort ist die ehemalige Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber an der Torgauer Straße. Wir setzen uns für die Realisierung eines Lern- und Gedenkortes im existierenden Gebäude ein. Wir fordern vom Bezirk, sich daran zu beteiligen.

Wir unterstützen die Initiative zur Errichtung einer Gedenk- und Informationsstätte für das Konzentrationslager Columbia auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof. 2024 wurde das Erinnerungszeichen „nicht mehr zu sehen“, das an die Opfer des ehemaligen KZ Columbia erinnert, offiziell am Columbiadamm enthüllt. Das KZ Columbia war das einzige Konzentrationslager innerhalb Berlins.

Die queere Geschichte rund um den Nollendorfplatz hat eine große Bedeutung für ganz Berlin; sie soll überregional und digital sichtbar werden. Wir möchten vorhandene queere Angebote im Regenbogenkiez sowie queere Denkmale bekannter machen. Dafür brauchen wir vor allem neue digitale Formate wie QR-Codes oder Kiez-Apps. Queeres Leben braucht diese Sichtbarkeit, um Akzeptanz zu erfahren. Historische Persönlichkeiten, die sich für LSBT*IQ+ Rechte und Akzeptanz queerer Lebensweisen eingesetzt haben, sollen geehrt werden.

1 Auch die Erinnerung an die deutsche Kolonialgeschichte wollen wir weiter aufarbeiten. Das
2 Kinder- und Jugendmuseum hat hier bereits mit der Forschungswerkstatt
3 „Kolonialgeschichte in Tempelhof und Schöneberg“ gute Arbeit geleistet; auch die
4 Ausstellung „Auf den Spuren der Familie Dilek“ im Schöneberg Museum war ein wertvoller
5 Beitrag. Weitere Forschung und Sichtbarmachungen der Kolonialgeschichte wollen wir
6 initiieren.

7 **Kultur und Gleichstellung in Tempelhof-Schöneberg**

8 Wir wollen solange Straßen nach Frauen benennen, bis genauso viele davon nach Frauen
9 benannt sind wie nach Männern. Bei Benennungen von Straßen, Plätzen, Parks, Gebäuden
10 und Räumen wollen wir die Lebensleistungen von Frauen würdigen. Für den BVV-Saal wurde
11 bereits initiiert, dass dort ehemals politisch aktive Frauen des Bezirks sichtbar gemacht
12 werden. Die vorbereitenden Maßnahmen zur Umsetzung laufen bereits.

13 Der Frauenmärz hat sein Angebot ausgebaut und erreicht immer mehr Interessierte. Er sollte
14 mit seinem Programm neben Gleichstellungspolitik weiterhin noch mehr die jungen Frauen
15 als Akteurinnen in den Vordergrund stellen. Durch die Zunahme rechter Ideologie stehen
16 Frauenrechte auch bei uns verstärkt unter Druck. Wir brauchen mehr öffentliche Räume für
17 Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Angebote des Frauenmärz aktive Bündnisse
18 präsentieren. Durch ihren empowernden Charakter können sie so einen wichtigen Schritt zur
19 wirklichen Gleichberechtigung darstellen. Ebenso unterstützen wir weiterhin den am 11.
20 Oktober mit einem vielfältigen und lebendigen Programm stattfindenden Internationalen
21 Mädchentag.

22 **Bibliotheken in Tempelhof-Schöneberg ausbauen**

23 Bibliotheken werden heute mehr und mehr zu attraktiven Treff- und Bildungsmittelpunkten,
24 zu Orten des generationsübergreifenden (Wissens-)Austausches, des Lernens und der
25 Aktivität. Es sollen Orte sein, an denen zum Beispiel Schüler*innen ihre Hausaufgaben
26 machen und geflüchtete Menschen und Expats sich zum Austausch treffen. Die Bibliotheken
27 müssen als Dienstleistungszentren neu geplant und neu gedacht werden. Angebote und
28 Ideen reichen heute weit über das Buch hinaus. Bibliotheken sollen zunehmend kreativ,
29 interaktiv und digital sein. Wir wollen sie auf diesem Weg fördern und sie zu „Bibliotheken
30 der Dinge“ entwickeln, wo man sich Musikinstrumente oder Spiele, Sportequipment,
31 Mikroskope oder Nähmaschinen bezahlbar leihen kann. Erste Schritte werden bei uns im
32 Bezirk unternommen. Die Bibliotheken müssen hierfür mit entsprechendem Personal und
33 Material ausgestattet werden. Zeitgemäße Tools zur Wissensvermittlung sollen neben
34 modernen Medien zum Ausprobieren verfügbar sein.

35 Der Umzug der Stadtbibliothek Lichtenrade in die Alte Mälzerei ist ein positives Beispiel im
36 Bezirk. Die Stadtbibliothek befindet sich in einem Gebäude mit der Musikschule, der
37 Volkshochschule, dem Kindermuseum, einem Gemeinschaftsraum und der Suppenküche.
38 Hier trifft jetzt pulsierendes Leben auf die Erfüllung von kulturellen und sozialen
39 Bedürfnissen. Wir unterstützen in der Alten Mälzerei die Vernetzung der Institutionen zu
40 gemeinsamen Veranstaltungen und Angeboten.

1 Auch in Tempelhof entsteht Neues. Rund um das Rathaus wird derzeit die Zukunft der
2 Neuen Mitte Tempelhof geplant. Wir unterstützen die Integration des Eva-Maria-Buch-
3 Hauses als neue Bezirkszentralbibliothek und der Volkshochschule in ein neues Kultur- und
4 Bildungshaus.

5 Auch die Mittelpunktbibliothek in der Hauptstraße soll zu einem attraktiveren Ort
6 umgestaltet werden. Wir setzen uns für einen Begegnungsort mit Jugendmuseum,
7 Schöneberg Museum, Kita, Kinderfreizeiteinrichtung Lassenpark mit Anbindung zum
8 Stadtbad Schöneberg ein.

9 Wir fordern einen neuen Ort für die Gertrud-Kolmar-Bibliothek im Schöneberger Norden.
10 Mit einem niedrigschwelligen, inklusiven und partizipativen Angebot wollen wir den sozialen
11 Austausch und Bildung im Kiez stärken. Für viele Schüler*innen und Nachbar*innen stellt die
12 Bibliothek eine wichtige Option und Wissensressource im Kampf gegen Armut und Spaltung
13 der Gesellschaft dar.

14 Bibliotheken sollten im Stadtraum mobil sein und zu den Bürger*innen kommen. Wir
15 unterstützen das Büchereifahrrad FaBi, das seit Sommer 2025 in Parks und zu Schulen
16 unterwegs ist und als Fahrrad-Bibliothek mit einem kleinen Medienbestand und
17 ausleihbaren Tools wie Slacklines und Wurfspiele Angebote für Bürger*innen macht. Wir
18 setzen uns für einen Ausbau dieses im Stadtbild sichtbaren Angebotes ein.

19 **Volkshochschulen und Musikschulen sichern**

20 Die Volkshochschule und die Leo Kestenberg Musikschule im Bezirk müssen gestärkt und
21 finanziell gesichert werden. Sie sind offen für alle Menschen, fördern Integration und
22 verbinden Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem Alter und
23 Lebenswegen. Beide arbeiten seit Jahren – nicht nur finanziell – effektiv und
24 bedarfsorientiert. Sie bilden die vielfältigen Interessen der Bürger*innen im Bezirk in ihren
25 Angeboten ab. Die Volkshochschule ist vor allem mit ihren Sprach- und Integrationskursen
26 unverzichtbar für Menschen mit Migrationshintergrund. Volkshochschule und Musikschule
27 profitieren sehr von der Nutzung der neuen Räume in der Alten Mälzerei in Lichtenrade,
28 denn neben zusätzlichen Kursangeboten bewährt sich die Vernetzungsmöglichkeit mit
29 Kindermuseum, Kino und der Bibliothek hervorragend. Es ist unabdingbar, dass die Schulen
30 ihre Angebote aufrechterhalten können und sie nicht reduzieren müssen.

31 **Museen in Tempelhof-Schöneberg unterstützen**

32 Das Archiv und die Sammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg beherbergen
33 einzigartige, wertvolle Sammlungen. Neben Pflege und Schutz des aktuellen Bestandes
34 sollen Möglichkeiten geschaffen werden, neue Nachlässe und Dokumente aufzunehmen und
35 zeitnah fachgerecht zu lagern. Weiterhin müssen Publikum und Fachpublikum betreut und
36 beraten werden und das Archiv muss für die Forschung zugänglich sein. Deshalb soll das
37 Archiv personell besser ausgestattet und ein Konzept zur ehrenamtlichen Unterstützung
38 entwickelt werden.

39 Wir setzen uns für den barrierefreien Um- und Neubau von Bibliotheken, Museen, Gedenk-
40 und Infotafeln, Kultur- und Bildungseinrichtungen ein. Die bauliche Barrierefreiheit bildet die

1 Voraussetzung für inklusive Angebote. Barrierefreiheit gilt für Menschen mit
2 Mobilitätseinschränkungen genauso wie für Menschen mit Seh-, Hör-, Geistig- oder
3 Mehrfachbehinderungen. Texte in leichter Sprache sowie barrierefreie Medien gehören zum
4 Konzept einer inklusiven Kultur- und Bildungslandschaft in Tempelhof-Schöneberg.

5 **Kunststandort Tempelhof-Schöneberg ausbauen**

6 Wir möchten Kunst- und Kulturorte im Bezirk erhalten und setzen uns für Künstler*innen
7 ein. Um freie Künstler*innen zu unterstützen, unterstützen wir die Dezentrale Kulturarbeit
8 mit der jährlichen Förderung von kulturellen Projekten. Sie fungiert als Bindeglied zwischen
9 Institutionen und freien Künstler*innen und sichert Räume zum Proben und für kreatives
10 Schaffen. Mittlerweile ist Fördervoraussetzung, dass sämtliche Projektbeteiligte mit
11 Mindestlohn honoriert werden. Die Präsentationen der geförderten Projekte werden durch
12 bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld publik gemacht, so dass alle daran teilhaben
13 können. Das ist uns wichtig. Wir brauchen mehr Aktionen und Hinweise auf die vielfältige
14 Kultur in Tempelhof-Schöneberg, beispielsweise Ideen für digitale
15 Informationsmöglichkeiten.

16 Die beiden bezirklich geförderten Galerien, das Haus am Kleistpark und im Rathaus
17 Tempelhof, unterstützen wir weiter. Der renommierte Kunstpreis des Bezirks muss wieder
18 finanziell ausgestattet werden, so dass er schnellstmöglich durch das Haus am Kleistpark
19 regelmäßig vergeben werden kann. Wir unterstützen die Aktivitäten des Kulturhauses
20 Schöneberg und das „Schöneberger Art“-Wochenende.

21 Wir wollen Künstler*innen bei der Suche nach neuen Atelier- und Proberäumen
22 unterstützen. Wir fordern vehement die Schaffung von Arbeitsräumen und ggf. die
23 Umwidmung zu Arbeitsstätten für Kunstschaffende. Wir wollen mit dem Senat gemeinsame
24 Fördermöglichkeiten finden. Das alte Straßenbahndepot in der Belziger Straße haben wir
25 dabei im Blick.

26 Wir fordern eine bessere Reinigung und Instandhaltung von Kunst im öffentlichen Raum. Die
27 Last darf nicht mehr bei Einzelinitiativen liegen. Wir brauchen hier klare Zuständigkeiten im
28 Bezirksamt. Plätze, an denen die Werke stehen, brauchen Aufenthaltsqualität und dürfen
29 nicht vernachlässigt werden. Gerade Vermüllung und Verschmutzung der Kunstplätze ärgern
30 Bürger*innen; die Pflege dieser Orte dokumentiert Vertrauen.

31 **Theater in Tempelhof-Schöneberg**

32 Tempelhof-Schöneberg hat eine vielfältige Theaterlandschaft, die wir schützen wollen. Dazu
33 gehören das FELD-Theater, das Kleine Theater, das Theater Strahl im Kulturhaus, die
34 Scheinbar, das O-Ton-Art-Theater und das Theater Morgenstern. Sie sind durch den Wegfall
35 von Förderungen bedroht. Die Kinder- und Jugendtheater brauchen unsere Unterstützung.
36 Grad bei den Jüngsten bedeutet das eine Investition in die Zukunft und fördert Kultur- und
37 Demokratiebewusstsein. Wir fordern eine ausreichende finanzielle Ausstattung für die
38 Theater in Tempelhof-Schöneberg.

- 1 Wir wollen einen kulturpolitischen Fokus in Mariendorf setzen. Wir fordern einen eigenen
- 2 Kulturstandort in Mariendorf. Entsprechende Initiativen wollen wir durch die Dezentrale
- 3 Kulturarbeit fördern.
- 4 Es soll weiterhin für alle Menschen möglich sein, Kunsträume und kulturelle Institutionen zu
- 5 besuchen, an Weiterbildung teilzuhaben und alle Facetten von Kunst, Musik, Theater,
- 6 Literatur, Fotografie, Architektur, Tanz oder Film in Tempelhof-Schöneberg aktiv zu erleben,
- 7 z.B. an Tagen der offenen Türen, bei Kulturfesten oder in Workshops. Wir fordern, dass
- 8 sämtliche Angebote durch die Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Bezirks konsequent
- 9 beworben werden.

10

5 Ein sozialer und vielfältiger Bezirk

5a Das Soziale im Bezirk stärken

Sozialer Zusammenhalt steht für uns im Fokus. Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit eines guten Lebens haben. Wir sind solidarisch mit denen, die mit schwierigen Lebensrealitäten konfrontiert sind. Für sie setzen wir uns ganz besonders ein.

Arbeitsfähigkeit des Sozialamtes sicherstellen

Die Leistungsfähigkeit des Sozialamtes ist entscheidend für soziale Sicherheit im Bezirk. Wir wollen sie spürbar steigern: Aktuell warten viele Menschen zu lange auf ihre Leistungen – häufig aufgrund von Personalmangel und steigenden Fallzahlen. Das erklärt die Situation, darf aber nicht dazu führen, dass Menschen ohne existenzsichernde Leistungen, ohne Unterkunft oder ohne medizinische Grundversorgung bleiben. Hier braucht es entschlossenes Handeln. Wir setzen uns für eine bessere personelle Ausstattung, beschleunigte Verfahren und klare Priorisierung existenzsichernder Leistungen ein. Gleichzeitig wollen wir neue organisatorische Ansätze stärken: niedrigschwellige Notfallsprechstunden, bessere Vertretungsregelungen, digitale Unterstützung bei Standardverfahren sowie eine engere Zusammenarbeit mit freien Trägern, um Menschen in akuten Notlagen schnell und unbürokratisch zu helfen. Unser Anspruch ist klar: Niemand darf im Bezirk aus strukturellen Gründen durch das soziale Netz fallen.

Wir sehen mit großer Sorge, dass Verzögerungen bei der Auszahlung bewilligter Leistungen nicht nur für hilfebedürftige Menschen zusätzliche Not bedeuten. Auch Leistungsträger wie ambulante Dienste oder soziale Einrichtungen geraten in finanzielle Schwierigkeiten, wenn zugesagte Gelder nicht fristgerecht fließen. Das darf nicht passieren. Bewilligte Leistungen müssen zuverlässig und pünktlich ausgezahlt werden, damit Grundversorgung, Pflege und soziale Angebote gesichert bleiben. Wir setzen uns daher für klare Prioritäten bei existenzsichernden Zahlungen, verbesserte interne Abläufe und ausreichend personelle Unterstützung im Sozialamt ein. Niemand darf wegen organisatorischer Defizite in existenzielle Not geraten – weder Leistungsberechtigte noch Träger sozialer Angebote.

Unabhängige Sozialberatung zugänglicher und sichtbarer machen

Die unabhängige Sozialberatung sowie Schuldner- und Insolvenzberatung unterstützen wir als öffentlich geförderte, gemeinnützige Beratungsstellen für Menschen, die in eine schwierige wirtschaftliche oder finanzielle Lage, oft mit psychosozialen Folgen, geraten sind. Wir setzen uns weiterhin für eine gute Ausstattung dieser Angebote ein, wollen sie stärken und in allen Kiezen ermöglichen. Zudem soll die Auffindbarkeit der Angebote verbessert werden, damit alle, die die Angebote nutzen wollen, auch wissen, dass es sie gibt und wo sie sich befinden.

1 Unterstützung durch Bezirk und Jobcenter

2 Wir wollen zudem die zielgruppenspezifische Ansprache der Jobcenter verbessern.
3 Kundenfreundlichkeit, Verständlichkeit und Zügigkeit bei der Arbeit der Jobcenter sind für
4 uns ebenso zentral. So kann Menschen schnell geholfen werden, die sich in der emotional
5 und finanziell belastenden Situation befinden, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren haben.

6 Die Förderung von Langzeitarbeitslosen mit Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB II ist
7 für uns ein zentraler Baustein für sozialen Zusammenhalt im Bezirk. Menschen, die über
8 viele Jahre ohne Arbeit waren, brauchen echte Perspektiven, verlässliche Strukturen und
9 individuelle Begleitung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Bezirksamt gemeinsam
10 mit dem Jobcenter Tempelhof-Schöneberg die Fördermöglichkeiten konsequent ausschöpft
11 und zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsplätze in bezirklichen
12 Einrichtungen sowie bei freien Trägern und gemeinwohlorientierten Projekten schafft. Dabei
13 sollen Beschäftigung, Qualifizierung und sozialpädagogische Unterstützung eng verzahnt
14 werden, um Stabilisierung, gesellschaftliche Teilhabe und – wo möglich – den Übergang in
15 ungeforderte Arbeit zu ermöglichen. Gerade Menschen mit besonderen
16 Vermittlungshemmnissen oder gesundheitlichen Einschränkungen wollen wir gezielt
17 unterstützen und ihnen durch sinnstiftende Arbeit neue Perspektiven eröffnen.

18 Unterstützung und Prävention bei Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit

19 Zur verbesserten Unterstützung der sozialen Einrichtungen im Bezirk, wie der
20 Senior*inneneinrichtungen oder der Wohnungsloseneinrichtungen wollen wir mehr Stellen
21 im Sozialamt schaffen. Gleichzeitig soll dieses bei der eigenen Digitalisierung unterstützt und
22 vorangebracht werden.

23 Wir müssen Wohnungslosigkeit noch besser präventiv verhindern. Mietschulden und
24 Zwangsräumungen nehmen immer weiter zu. Deshalb setzen wir uns für mehr und gezielte
25 Hausbesuche bei Mieter*innen ein, die von einer Räumungsklage bedroht sind,
26 insbesondere wenn Betroffene nicht auf Briefe reagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass
27 parallele ordentliche Kündigungen bei Mietrückständen gesetzlich eingeschränkt werden,
28 damit Mietschuldenübernahmen tatsächlich Wohnungen sichern und Wohnungslosigkeit
29 verhindern können.

30 Wir setzen uns weiterhin für die Verstetigung und Etablierung der
31 Wohnungsloseneinrichtungen in Tempelhof-Schöneberg als zentrale Anlaufstellen und
32 wichtige Angebote ein.

33 Die Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg ist eine wichtige Anlaufstelle für obdachlose,
34 wohnungslose und von Armut betroffene Menschen im Bezirk. Ehrenamtliche Angebote
35 wollen wir u.a. mit Sachmitteln unterstützen. Projekte, die sich an besondere Zielgruppen
36 richten, unterstützen wir.

37 Das Konzept Housing First muss in Berlin und in Tempelhof-Schöneberg evaluiert werden.
38 Klares Ziel für uns bleibt ein Übergang in das Regelsystem. Hierauf soll der Fokus in den
39 nächsten Jahren liegen.

1 Wir wollen den Sozialpsychiatrischen Dienst verstetigen. Das Projekt „Irre gut wohnen“, ein
2 Projekt für psychisch kranke Wohnungssuchende, soll weitergeführt werden.

3 **Angebote für wohnungs- und obdachlose Menschen 12 Monate im Jahr, 24 h am Tag**

4 Wir wollen die Angebote der Hitzehilfe ausbauen und die Kältehilfe verstetigen, um einen
5 nahtlosen Übergang der Angebote im Verlauf der Jahreszeiten sicherzustellen. Denn in
6 Zeiten des Klimawandels sind die Zwischenjahreszeiten Frühling und Herbst kürzer
7 geworden, sodass eine Lücke zwischen den Angeboten der Kältehilfe und Hitzehilfe ein
8 ernstes Problem für Betroffene darstellt. Auch die Lücken im Betreuungsangebot zwischen
9 Angeboten mit Schlafplätzen und Tageseinrichtungen wollen wir zunehmend verringern,
10 etwa durch längere Öffnungszeiten. So gewährleisten wir gerade im Winter einen
11 effektiveren Schutz vor Kälte.

12 Angebote der Infrastruktur wie Schließfächer für wohnungslose Menschen, in denen sie
13 wichtige Dokumente sicher aufbewahren und auch größere Gegenstände wie Schlafsäcke
14 verstauen können, unterstützen wir. Sie sollen in Zusammenarbeit mit Trägern der
15 Wohnungslosenhilfe an geeigneten Orten im Bezirk aufgestellt werden. Auch für das
16 Duschmobil, eine Art Badezimmer auf Rädern, setzen wir uns ein. Die Inanspruchnahme von
17 Meldeadressen in Einrichtungen durch obdachlose Menschen unterstützen wir ebenfalls.

18

5b Gesundheit

Psychische Erkrankungen, Krebs, Alkoholabhängigkeit - wer krank ist, weiß: Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Die medizinische Versorgung der Menschen in unserem Bezirk wird deshalb von vielen Schultern getragen. Neben einer Vielzahl von ambulanten und stationären Einrichtungen wie unseren Krankenhäusern, privaten Arztpraxen, Pflegediensten und Apotheken ist auch der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) Teil dieses Versorgungssystems.

In der letzten Wahlperiode hat uns die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig es ist, dass das Gesundheitsamt alle nötigen Ressourcen erhält. Wir haben uns deshalb erfolgreich für eine Aufstockung der Personalstellen u.a. im Infektionsschutz eingesetzt.

Wir wollen den ÖGD auch weiterhin so stärken, dass er den Menschen in unserem Bezirk im Bedarfsfall schnell und unkompliziert zur Seite steht und seine gesetzlichen Aufgaben zuverlässig erfüllen kann. Denn der Öffentliche Gesundheitsdienst bietet alltäglich z.B. Schwangeren und jungen Familien mit ihren Neugeborenen Unterstützung an, führt zahnärztliche Untersuchungen bei allen Kita- und Grundschulkindern durch und begleitet Menschen im sozialpsychiatrischen Dienst durch persönliche Krisen. Die Steuerung des Hilfesystems für Menschen mit Suchterkrankungen gehört ebenso zum Aufgabenspektrum wie die Gesundheitsförderung älterer Menschen oder Aufklärung und Beratung zum Thema Hitzeschutz.

Im Land Berlin und im Bezirk werden viele gesundheitsförderliche Aufgaben an verschiedenen Stellen wahrgenommen, die für die Bürger*innen nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich sind. Die Verwaltungsstrukturen dürfen jedoch keine Hürde bilden, wenn Menschen Hilfe benötigen, im Gegenteil: Unser ÖGD soll die Menschen durch das System leiten. Wir wollen die Gesundheitsverwaltung so aufstellen, dass die Bürger*innen hier einfach und unkompliziert Schutz, Hilfe und Informationen erhalten.

Das Gesundheitsamt und die Planungs- und Koordinierungsstelle für Gesundheit sollen so weiterentwickelt werden, dass sie barrierefrei und sozialräumlich orientiert bzw. aufsuchend Angebote machen können.

Gesundheitskompetenz stärken

Ziel muss es sein, die Bürger*innen aller Altersgruppen und in allen Lebenslagen in die Lage zu versetzen, selbst gesundheitsförderliche Entscheidungen zu treffen. Bereits in den Kitas ist es nötig, dass grundlegende Kompetenzen zu den Bereichen gesunde Ernährung und Bewegung vermittelt werden. Vorhandene Angebote beispielsweise zur Händehygiene sollen ausgebaut werden. Die neu eingeführte Pflicht zum täglichen Zähneputzen in der Kindertagesbetreuung soll umgehend zur Routine und möglichst auch auf den Hortbereich der Grundschule ausgeweitet werden.

Aus den Erkenntnissen der jährlichen Einschulungsuntersuchungen sollen verstärkt Formate entwickelt werden, die Familien kostenlos und wohnortnah unterstützen. Gute Beispiele dafür sind die Winterspielplätze in mittlerweile vier Sozialräumen des Bezirks, die

1 Bewegungsspiele in Marienfelde für übergewichtige Kinder oder die vernetzende Arbeit der
2 Bewegungskoordination.

3 Informationsveranstaltungen für pflegende Angehörige sollen regelhaft und an
4 verschiedenen Orten des Bezirks stattfinden. Die Bekanntheit der aufsuchenden „Berliner
5 Hausbesuche“ soll gesteigert werden, damit mehr Senior*innen in einem persönlichen
6 Gespräch erfahren, welche kulturellen, sozialen oder ärztlichen Angebote es in ihrem
7 unmittelbaren Wohnumfeld gibt.

8 Sinnstiftende und gemeinschaftsförderliche Formate wie der „Nachbarschatz“ in Tempelhof
9 sollen auch auf andere Bezirksregionen ausgedehnt werden, um der zunehmenden
10 Vereinsamung entgegenzuwirken. Die Gründung von weiteren Spaziergangsgruppen und die
11 Ausweitung von Mobilitätsangeboten wie die E-Rikscha soll aktiv unterstützt werden, damit
12 Senior*innen bis ins hohe Alter fit bleiben.

13 Vorhandene Informationssammlungen und Ratgeber zum Thema Hitzeschutz oder
14 Infektionsschutz sollen breiter kommuniziert und kontinuierlich ausgebaut werden.

15 Alle Dienstleistungen und Informationen des Gesundheitsamtes sollen daraufhin geprüft
16 werden, ob sie leicht zugänglich und verständlich sind. Bislang vorwiegend verwendete
17 Formate (Flyer und Webseite) sollen sukzessive ergänzt werden, z.B. mit Erklär-Videos, Live-
18 Streams, aufsuchenden Angeboten und persönlichen Beratungsgespräche an mobilen
19 Infoständen, bei Kiezfesten oder anderen wohnortnahen Kontexten.

20 **Psychische Gesundheit fördern**

21 Menschen in persönlichen Krisen brauchen schnelle Unterstützung und können nicht
22 wochenlang auf einen Facharzttermin warten. Der sozialpsychiatrische Dienst des
23 Gesundheitsamtes soll als Ort der ersten Orientierung und Beratung bekannter gemacht
24 werden.

25 Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, die Arbeit der Träger, die im Auftrag der
26 Gesundheitsverwaltung im Bezirk tätig sind, dauerhaft und auskömmlich finanziell
27 abzusichern. Im vergangenen Jahr drohte die Schließung einer Kontakt- und Beratungsstelle
28 für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Grund dafür die angespannte Situation
29 im Bezirkshaushalt, so dass Kürzungen im Landeshaushalt nicht mehr ausgeglichen werden
30 konnten. Wir fordern deshalb eine neue Finanzierungssystematik und einen signifikanten
31 Aufwuchs im Psychiatrieentwicklungsprogramm (PEP-Mittel) des Landes Berlin, damit die
32 Kontakt- und Medikamentenberatungsstellen oder Zuverdienstprogramme nicht mehr an
33 die Haushaltsverhandlungen gekoppelt sind.

34 **Suchtprävention ausbauen**

35 Wir beobachten seit Jahren eine Zunahme von Personengruppen, die von Verhaltenssuchten
36 betroffen sind oder an einer Abhängigkeit von Alkohol oder illegalen Drogen leiden. Der
37 Ausbau der bezirklichen Suchtprävention hat deshalb für uns höchste Priorität.

38 Bereits bei Kindern und Jugendlichen sind die fatalen Auswirkungen des täglichen Konsums
39 von Spielen, Social Media oder Streamingdiensten erwiesen. Sichtbare Folgen sind u.a.

1 Depressionen, Angstzustände, soziale Isolation und Aggression. Wir setzen uns deshalb für
2 die Entwicklung und Etablierung von kontinuierlichen und altersangemessenen
3 Aufklärungsformaten in Zusammenarbeit mit den Schulen ein. Dazu gehört auch die
4 verstärkte Elternarbeit in Schulen bzw. mit den Gremien der Schulen und die Vermittlung
5 von Unterstützungs- und Beratungsangeboten z.B. der Landesfachstelle für Suchtfragen.

6 Auch die Vorsorge im Bereich der stoffgebundenen Süchte soll ausgebaut werden,
7 insbesondere im Hinblick auf den missbräuchlichen Gebrauch von Lachgas oder Cannabis.
8 Die im Bezirk bereits etablierte Kooperation zwischen dem Gesundheits-, Jugend- und
9 Schulamt soll genutzt werden, um Aufklärungs- und Beratungsformate für Kinder und
10 Jugendliche zu entwickeln oder vorhandene Angebote z.B. der Landesebene bekannter zu
11 machen.

12 Die bezirkliche Strategie zur Eindämmung des Drogenkonsums im öffentlichen Raum soll
13 ämterübergreifend unter Federführung der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit
14 überarbeitet und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

15 Dazu gehört in erster Linie die Ausweitung des Hilfesystems in besonders belasteten
16 Gebieten in Schöneberg durch die Eröffnung eines stationären Drogenkonsumraums. Sollte
17 auch weiterhin keine geeignete Immobilie für diesen Zweck gefunden werden, ist
18 ersatzweise die Errichtung von entsprechend ausgestatteten Containern auf öffentlichem
19 Straßenland bzw. Grünanlagen zu prüfen. Ergänzend zu solchen festen Konsumräumen
20 werden wir uns beim Land Berlin dafür einsetzen, dass das mobile Angebot der Drogenhilfe
21 (Drogenkonsummobil und Beratungsmobil des Trägers Fixpunkt e.V.) wieder regelmäßig in
22 Schöneberg zum Einsatz kommen kann.

23 Wir fordern umgehend Maßnahmen zur Vermeidung von Belastungen des öffentlichen
24 Raums durch die Hinterlassenschaften des Drogenkonsums. Dazu gehört die Einrichtung
25 einer zentralen bezirklichen Meldestelle für Spritzenfunde u.ä..

26 Die ämterübergreifende Zusammenarbeit soll strukturell gefestigt werden, dazu gehört auch
27 die Wiedereinführung eines regelmäßig tagenden Runden Tisches „Drogen“, an dem neben
28 den bezirklichen Akteur*innen (Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit,
29 Grünflächenamt, Ordnungsamt, OE SPK) auch die Polizei, die BSR und die BVG teilnehmen.

30 Die Anzahl der öffentlich zugänglichen Spritzenabwurfbehälter soll erhöht bzw. deren
31 Standorte an den Bedarf angepasst werden. Anbieter öffentlicher City-Toiletten sollen
32 außerdem aufgefordert werden, spezielle Behälter oder Vorrichtungen zur sicheren
33 Entsorgung von Spritzen einzubauen.

34 Wir schätzen die wertvolle Arbeit der bestehenden Einrichtungen wie z.B. Bülow-Eck und
35 Frauentreff Olga und unterstützen die Fortführung bzw. Absicherung von aufsuchenden
36 Beratungsangeboten und der Streetwork des Drogennotdienstes, um suchterkrankte
37 Personen schneller in die Hilfestrukturen begleiten zu können.

38 **Wohnortnahe Versorgungsstrukturen**

39 Die Gesundheitsversorgung soll für die Bürger*innen in allen Regionen des Bezirks
40 wohnortnah und barrierefrei erreichbar sein. Wir werden uns daher gegenüber dem Land

- 1 Berlin u.a. für den Erhalt des Gesundheitsstandorts Wenckebach-Klinikum und die zügige
- 2 Entwicklung des Geländes einsetzen.
- 3

5c Ein starker Bezirk für Senior*innen

In Tempelhof-Schöneberg leben rund 90.000 ältere Menschen ab 60 Jahren, also 25 % der Gesamtbevölkerung. Ältere Menschen sind eine sehr diverse und heterogene Gruppe, die nicht nur auf die Pflege und Betreuung reduziert werden sollte. Sie haben unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen an Senior*innenarbeit. Nichtsdestotrotz müssen soziale und gesundheitliche Bedarfe im Mittelpunkt stehen für alle, die von Altersarmut betroffen oder gesundheitlich beeinträchtigt sind.

Wir reagieren auf die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft und ermöglichen hochaltrigen Menschen eine angemessene und selbstbestimmte Pflege und Versorgung im Bezirk. Dazu gehören Pflegestützpunkte in allen Bezirksregionen genauso wie nachbarschaftliche Netzwerke wie die „Allianz für Menschen mit Demenz – Nachbarschaft als Anker“.

Senior*innenfreizeitstätten weiterentwickeln

Junggebliebene, ältere Menschen möchten wir in ihrer selbstbestimmten Lebensführung unterstützen. Sie sind ehrenamtlich aktiv und nutzen jetzt schon die Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote des Bezirks sowie die Senior*innenfreizeitstätten. Besonders den zwölf bezirklichen Senior*innenfreizeitstätten kommt eine hohe Bedeutung zu, stellen sie doch die bezirklich finanzierten Treffpunkte für ältere Menschen dar und haben schon jetzt viele Angebote.

Wir haben Frauen im Alter besonders im Blick. Sie sind häufiger von Altersarmut und Einsamkeit betroffen. Kostenfreie kulturelle und soziale Angebote werden von ihnen besonders häufig genutzt und sind auszubauen.

Klassische Altersklischees werden nach und nach durchbrochen. Älteren Menschen ist mehr zuzutrauen, als die Gesellschaft das derzeit macht. Wir möchten daher das Konzept der Senior*innenfreizeitstätten neu bewerten. Ihre Angebote müssen mit den Ansprüchen einer neuen Generation von Senior*innen schritthalten. Dazu gehören auch mehr interkulturelle Angebote, genauso wie inklusive und barrierefreie Angebote. Außerdem wollen wir, dass queere Senior*innen sich in der Arbeit der Senior*innenfreizeitstätten wiederfinden. Angebote für spezifische Altersgruppen und für Frauen sind uns wichtig. Die Angebote der Senior*innenfreizeitstätten müssen in der Zukunft ein breiteres Publikum erreichen und entsprechend besser beworben werden. Dafür setzen wir uns ein.

Wir möchten unsere Initiativen fortsetzen, für eine digitale Teilhabe von Senior*innen zu sorgen. Älter werden in einer technologisch bestimmten Welt bedeutet mitunter auch ausgeschlossen zu sein von Teilhabe, Mobilität und Selbstständigkeit. Deshalb setzen wir uns für Möglichkeiten der digitalen Kompetenzerweiterung für Senior*innen ein. Dies gilt sowohl für die älteren Menschen selbst wie auch für die sorgenden Angehörigen.

Den öffentlichen Raum senior*innengerecht gestalten

Für die Menschen, die nicht nur aufgrund ihres Alters oder einer körperlichen Beeinträchtigung nicht mehr so beweglich und aktiv sein können, werden kleine Alltagswege

1 oft zu langen Distanzen. Sie sind auf Bänke und Sitzmöglichkeiten auf dem Weg zum
2 Supermarkt oder zum Arzttermin angewiesen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die
3 Bedürfnisse von Menschen im Alter berücksichtigt werden und mehr Bänke in Tempelhof-
4 Schöneberg aufgestellt werden, dort wo es noch wenige Angebote gibt.

5 Auch eine ausreichende Versorgung mit zugänglichen, kostenfreien und barrierefreien
6 Toiletten im öffentlichen Raum ist entscheidend dafür, dass sich Menschen auch im hohen
7 Alter noch wohl fühlen und ohne Einschränkungen bewegen können. Auch neue Konzepte,
8 wie z.B. Kooperationen mit Gastronom*innen sollen verfolgt werden.

9 **Gesundes Altern im Bezirk**

10 Wir fordern Aktivplätze für Draußen und Drinnen im öffentlichen Raum, die von allen
11 Bürger*innen, insbesondere aber auch von Senior*innen, genutzt werden können. Darüber
12 hinaus braucht es Gesundheitsseminare, kostenfreie oder günstige Sportangebote und einen
13 niedrigschwelligen Zugang zu diesen Angeboten. Gerade Angebote, bei denen Senior*innen
14 mit jüngeren Angehörigen zusammen aktiv werden können, wie die bezirkliche Rikscha,
15 müssen bekannter werden. Ein Konzept für niedrigschwellige Bewegungsangebote für
16 Senior*innen könnte von der bezirklichen Bewegungskoordination entwickelt werden.

17 Einsamkeit ist nicht nur Problem für Senior*innen, ist hier aber besonders stark ausgeprägt
18 und stellt eine gesundheitliche Beeinträchtigung dar. Um Einsamkeit besser zu bekämpfen,
19 möchten wir mehr Plauderbänke aufstellen. Niedrigschwellige und sehr erfolgreiche
20 Angebote wie die Spaziergangsgruppen oder der Nachbarschaftsschwatz sollen ausgeweitet
21 werden. Zudem brauchen wir eine bezirkliche Anlaufstelle für Einsamkeit. Aufsuchende
22 Beratungsangebote mit karitativen Trägern wie die „Berliner Hausbesuche“ müssen
23 ausgebaut werden und weiter bekannt gemacht werden – überall dort, wo Senior*innen sich
24 aufhalten.

25 In all diesen benannten Bereichen ist eine aktive Senior*innenvertretung unsere erste
26 Ansprechpartnerin. Wir wollen nicht über Senior*innen sprechen, sondern mit ihnen. Hier
27 möchten wir die erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen.

5d Gleichstellung und Vielfalt

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Tempelhof-Schöneberg ein vielfältiger Bezirk bleibt, für alle Menschen Angebote und Möglichkeiten bereithält und dabei niemanden ausschließt. Vielfalt und seine unterschiedlichen Aspekte sind für uns ein Querschnittsthema, das selbstverständlich in allen Politikbereichen mitgedacht werden muss. Viele unserer Forderungen zu den folgenden Themenkomplexen finden sich deshalb im gesamten Programm wieder.

Gleiche Rechte für Frauen*

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch heute noch keine Realität. Frauen arbeiten überwiegend in den sogenannten Frauenberufen, die meist schlecht bezahlt sind. Sie übernehmen den überwiegenden Teil der Haus- und Carearbeit, reduzieren dafür oft ihre Erwerbsarbeitszeit zu Lasten ihrer eigenständigen Existenzsicherung. Für eine echte Gleichstellung muss es ein gesellschaftliches Umdenken geben, dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Frauen- und Gleichstellungsarbeit finanziell absichern

In Tempelhof-Schöneberg sind viele Frauenprojekte zu Hause. Sie bereichern den Bezirk mit ihrer Arbeit und ihren vielfältigen Angeboten von A wie Alleinerziehendenberatung bis Z wie Zufluchtswohnungen. Wir wollen die Projekte unbedingt erhalten und in ihrer Arbeit unterstützen.

Die Verteilung von öffentlichen Mitteln muss die Bedürfnisse und Lebenslagen aller Geschlechter berücksichtigen. Dies gilt auch für den Bezirkshaushalt. Wir streben eine geschlechtergerechte Ressourcenverteilung im Bezirkshaushalt an.

Die bezirkliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nimmt eine wichtige Schlüsselstellung für den Abbau von Diskriminierung und für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Sie ist Ansprechpartnerin für die Bürger*innen des Bezirks und zudem Netzwerkpartnerin für Vereine, Verbände, Projekte und Gremien im Bereich der Gleichstellungspolitik. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte muss weiterhin mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden. Um ihre Position zu stärken, soll die Stelle weiterhin unmittelbar in der Bezirksbürgermeisterei angesiedelt bleiben.

Den bezirklichen Frauenbeirat als unabhängiges Interessensvertretungsgremium wollen wir erhalten und weiterhin positiv begleiten.

Mädchenarbeit weiterführen

Wir wollen die Mädchenarbeit in Tempelhof-Schönebergs Freizeiteinrichtungen fortführen. Die beiden Mädchentreffpunkte in Schöneberg und Marienfelde haben sich bewährt und müssen beibehalten werden. Sie erreichen Mädchen, die ansonsten keine Jugendfreizeitstätten aufsuchen würden. Als Teil der Mädchenarbeit soll auch der „Weltmädchentag“ am 10. Oktober in der kommenden Wahlperiode finanziell abgesichert

1 sein. Er bietet die Möglichkeit, einen Tag lang die Aufmerksamkeit ganz auf die Mädchen,
2 ihre Stärken und Potenziale zu richten.

3 Der Girls' Day bietet Mädchen Gelegenheit, sich mit der eigenen Berufs- und Lebensplanung
4 zu beschäftigen. Mädchen werden durch Kontakte zur Arbeitswelt und praktische Beispiele
5 ermutigt, das ganze Spektrum ihrer Begabungen zu nutzen. Sie bekommen Einblick in
6 diverse Branchen – einschließlich Berufsfeldern in der Bezirksverwaltung, die bisher noch
7 seltener von Mädchen in Betracht gezogen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der
8 Girls' Day im Bezirksamt ausgebaut wird, damit mehr Mädchen die Chance haben daran
9 teilzunehmen und das breite Spektrum der Berufe innerhalb des Bezirksamtes
10 kennenzulernen.

11 **Frauen in allen Lebenslagen unterstützen**

12 Berlin ist mit einem Anteil von über einem Drittel Alleinerziehender bundesweit
13 Spitzenreiterin. Die überwältigende Mehrheit davon sind Frauen. Die Organisation des
14 Alltags mit Kindererziehung und eigener Erwerbstätigkeit zu verbinden, ist dabei eine ganz
15 besondere Herausforderung, bei der wir Alleinerziehende unterstützen wollen. Deshalb
16 setzen wir uns, gerade in Zeiten knapper Kassen, für den Erhalt und den Ausbau der
17 vorhandenen Beratungsangebote sowie der Koordinierungsstelle des Bezirks ein.

18 Die steigende Zahl wohnungsloser und obdachloser Frauen bedeuten einen höheren Bedarf
19 an speziell für Frauen vorgehaltene Angebote im Bereich Unterkunft, Beratung und
20 weiterführende Unterstützung. Wir setzen uns für die nachhaltige Verbesserung der
21 Situation wohnungsloser Frauen (mit und ohne Kinder) in Tempelhof-Schöneberg ein.

22 **Gewalt beenden – Frauen schützen!**

23 Für Frauen ist Gewalt – und nicht etwa Krankheit – immer noch das größte gesundheitliche
24 Risiko. Sexualisierte und häusliche Gewalt gibt es auch in unseren Nachbarschaften. Wir
25 setzen uns dafür ein, dass betroffene Frauen vom Bezirk die Hilfe erhalten, die sie benötigen.
26 Die Verbreitung von Informationen für Hilfesuchende soll weiter verbessert werden. Die
27 Umsetzung der sogenannten Istanbul Konvention ist die dringendste Aufgabe zum Schutz
28 von Frauen vor Gewalt. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg eines bezirklichen
29 Aktionsplanes. Den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25.
30 November wollen wir weiterhin zur Aufklärung nutzen, um die Problematik ins
31 gesellschaftliche Bewusstsein zu holen. Das Recht auf physische und psychische
32 Unversehrtheit ist ein Menschenrecht.

33

5e Integration in einem vielfältigen Bezirk

Tempelhof-Schöneberg ist ein vielfältiger Bezirk. Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten, Sprachen und Religionen prägen unsere Kieze und unser Zusammenleben. Das ist gut so. Diese Vielfalt braucht eine Politik, die Teilhabe ermöglicht, Diskriminierung abbaut und Zusammenhalt stärkt. Integration gelingt nur mit echter Teilhabe. Deshalb setzen wir uns für eine Integrationspolitik ein, die Menschen mit Einwanderungsgeschichte als selbstverständlichen Teil unseres Bezirks sichtbar macht und Integration als Querschnittsaufgabe aller bezirklichen Politikfelder und aller Dezernate des Bezirksamtes versteht.

Die Vielfalt des Bezirks in der Verwaltung widerspiegeln

Eine gelingende Integrationspolitik braucht eine für gesellschaftliche Vielfalt sensibilisierte und diskriminierungsfreie Verwaltung. Wir wollen Verfahren verständlicher machen, Zugangsbarrieren abbauen und mehrsprachige Informationen sowie digitale Angebote im Bezirksamt ausbauen. Die Website des Bezirksamtes muss endlich in weiteren Sprachen verfügbar sein. Menschen müssen ihre Rechte kennen und Leistungen unkompliziert in Anspruch nehmen können – unabhängig von Herkunft, Sprache oder Aufenthaltsstatus.

Auch die Verwaltung selbst muss die Vielfalt unseres Bezirks widerspiegeln. Wir wollen gezielt Nachwuchs für Ausbildung, Studium und Beruf im Bezirksamt gewinnen, insbesondere aus bislang unterrepräsentierten Gruppen. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung werden wir als dauerhaften Organisationsentwicklungsprozess vorantreiben, verbunden mit verpflichtenden Fortbildungen zu Antidiskriminierung, diversitätssensibler Verwaltungspraxis und Demokratiebildung.

Migrantische Menschen an bezirkspolitischen Entscheidungen beteiligen

Teilhabe braucht Mitbestimmung. Der Beirat für Partizipation und Integration soll gestärkt, frühzeitig in bezirkliche Entscheidungsprozesse eingebunden und in seiner Arbeitsfähigkeit unterstützt werden. Migrantische Organisationen und Initiativen sollen stärker in politische Prozesse einbezogen werden, damit ihre Perspektiven systematisch in Entscheidungen von Bezirksamt und BVV einfließen. Dabei sollen auch Menschen, die in unserem Bezirk leben, bislang aber kein Wahlrecht haben, Gehör finden. Mit den Stadtteilmüttern soll jede Dezernentin und jeder Dezernent des Bezirksamtes regelmäßig in Austausch kommen.

Integration braucht eine verlässliche Finanzierung

Integration findet vor allem im Alltag und im Kiez statt. Deshalb setzen wir uns für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung von Integrations-, Sprach-, Beratungs- und Empowermentangeboten im Bezirk ein, die sich an alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus richten. Erfolgreiche Projekte wie die Integrationslots*innen wollen wir dauerhaft absichern, weiterentwickeln und stärker mit anderen Fachbereichen vernetzen.

1 **Begegnungsräume schaffen, migrantische Geschichte sichtbar machen**

2 Vielfalt und Teilhabe bedeuten für uns auch, dass Menschen in Tempelhof-Schöneberg ihren
3 Glauben, ihre Kultur und ihre Identität frei, sicher und sichtbar leben können. Wir
4 unterstützen Räume der Begegnung und fördern den Dialog zwischen Religions- und
5 Weltanschauungsgemeinschaften. Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und
6 anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden
7 entgegen.

8 Die migrantische Geschichte unserer Kieze muss trotz Gentrifizierung und Verdrängung
9 sichtbar bleiben – etwa durch kulturelle Veranstaltungen, Feste und Erinnerungsorte. Die
10 weitere Entwicklung des von uns initiierten Gazino-Fests am ehemaligen Türkischen Basar in
11 der Bülowstraße werden wir aktiv mitgestalten. Darüber hinaus wollen wir weitere
12 migrantische Communities identifizieren und stärken, deren Geschichte und Gegenwart
13 bislang zu wenig sichtbar sind, zum Beispiel die russlanddeutsche Community in
14 Marienfelde.

15

1 **5f Inklusion – echte Teilhabe ermöglichen**

2 Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des Lebens betrifft. Wir wollen, dass
3 alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können.

4 Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist jedoch noch nicht geebnet. Wir unterstützen
5 daher die Umsetzung und Fortschreibung des Bezirklichen Inklusionskonzepts gemäß UN-
6 Behindertenrechtskonvention.

7 Der*die Behindertenbeauftragte*r soll weiterhin durch eine fachlich qualifizierte zweite
8 Stelle unterstützt werden.

9 Wir wollen, dass die Herstellung der Barrierefreiheit bei allen baulichen
10 Investitionsmaßnahmen des Bezirks ein zentraler Bestandteil von Planung und Umsetzung ist
11 und nicht wegen knapper finanzieller Ressourcen zurückgestellt wird. Nur so kommen wir
12 auf dem Weg zum inklusiven Bezirk ein Stück weiter.

13 Wir wollen inklusive Projekte stärken und die Bildung von Netzwerken unterstützen. Sie
14 tragen entscheidend dazu bei, dass Inklusion gelingen kann.

15 Unterschiedliche Zielgruppen – Frauen mit Behinderung, queere Menschen, Menschen mit
16 Migrationsgeschichte – haben auch verschiedene Bedarfe und verschiedene Zugänge zu
17 Hilfesystemen und Teilhabemöglichkeiten. Sie zu unterstützen und ihre Ansprüche auf
18 Teilhabe durchzusetzen, ist uns ein besonderes Anliegen. Unser wichtigster Ansprechpartner
19 ist dabei der Beirat für und von Menschen mit Behinderungen.

20

21

5g Queeres Leben in Tempelhof-Schöneberg: Vielfalt, Sichtbarkeit und Schutz

Berlin ist bunt – und besonders Tempelhof-Schöneberg steht für diese lebendige Vielfalt. Wir stehen an der Seite der queeren Community und setzen uns für queeres Leben, Vielfalt und Solidarität in unserem Bezirk ein. In Zeiten zunehmender Hasskriminalität gegen queere Menschen und den Druck von Rechts ist der Schutz und die Stärkung dieser Vielfalt eine zentrale Aufgabe. Queer-Politik ist für uns ein Gradmesser der Demokratie: Der Umgang mit Minderheiten zeigt, wie ernst eine Gesellschaft ihre Grundwerte nimmt. Deshalb stehen wir an der Seite von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter*, nicht-binären, asexuellen und queeren Menschen (LSBT*I*A*Q).

Sicherheit

Immer öfter werden queere Institutionen, Vereine und Projekte gezielt angegriffen. Von der Zerstörung von Regenbogenfahnen bis zu gewalttätigen Anschlägen auf Cafés und Orte – Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen. Der 2025 eingerichtete Runde Tisch "Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität" hat gemeinsam auf der Landesebene mit der Community eine Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit entwickelt. Wir unterstützen das und setzen uns dafür ein, dass auch vor Ort Maßnahmen im Rahmen der Landesstrategie umgesetzt werden – im engen Dialog mit den Einrichtungen, Initiativen und mit der Community. Wir wollen bestehende Projekte ausbauen und nachhaltig verankern. Dazu gehören:

- Präventionsprojekte wie Nachlichter und Nachtbürgermeister
- Runde mit Polizei, Präventionsbeauftragten und den Schwulen Wirten
- Anti-Gewaltprojekte wie MANEO und L-Support

Queeres Leben sichtbar machen

Die SPD ist Ansprechpartnerin für die queere Community in Tempelhof-Schöneberg. Wir übernehmen Verantwortung für den Schutz queeren Lebens und stehen im ständigen Dialog, um die Bedürfnisse der Community zu hören und zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die Sichtbarkeit queeren Lebens im Bezirk zu stärken: bestehende Initiativen wie Regenbogenbänke wollen wir ausbauen, und im Pride-Monat sollen die Regenbogenfahnen und Progressive Pride Flags weiterhin am und auf dem Rathaus gehisst werden. Dazu gehören auch die Regenbogenfahnen an den Laternen im Nollendorfkiez. Wir fordern weiterhin queere Ampelfiguren im Bezirk und ganz Berlin. Solche Zeichen zeigen Vielfalt und Solidarität – sichtbar für alle.

Um allen queeren Menschen einen schnellen und barrierefreien Zugang zu wichtigen Informationen über Begegnungsorte und Hilfsangebote im Schöneberger Regenbogenkiez zu ermöglichen, wollen wir ein kompaktes Online-Portal schaffen. Ergänzend sollen im Kiez gut sichtbare Hinweise auf Unterstützung bei Diskriminierung, Gewalt oder Hasskriminalität angebracht und durch QR-Codes rund um den Nollendorfsplatz beworben werden.

1 Außerdem sollen die queeren Orte und Einrichtungen im Bezirk in einer Übersichtskarte
2 digital und analog aufbereitet werden - für die Tempelhof-Schöneberger*innen und für
3 Gäste aus nah und fern. So wird der Regenbogenkiez auch touristisch und wirtschaftlich
4 nochmal gestärkt.

5 Auch die historischen Orte queerer Geschichte sind einmalig in unserem Bezirk und sollten
6 auf dem Online-Portal und in der Übersichtskarte besonders hervorgehoben werden.

7 **Soziale und kulturelle Angebote stärken**

8 Tempelhof-Schöneberg ist geprägt von Einrichtungen und Projekten für queere Menschen.
9 Die Bandbreite reicht von Angeboten für Kinder und Jugendliche über psychosoziale
10 Beratung und Selbsthilfegruppen bis hin zu Wohnen und Pflege-WGs. Sie bieten
11 Schutzräume, Beratung und Begegnung und sind wertvoll für unseren Bezirk.

12 Kultur braucht Räume. Das gilt auch für queere Kultur. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass
13 der Bezirk Räume öffnet und queere kulturelle Angebote und Aktionen stärker dabei
14 unterstützt, in Tempelhof-Schöneberg zu verbleiben oder Fuß zu fassen.

15 **Regenbogenkiez und Gewerbemieten**

16 Gleichzeitig ist der Regenbogen-Kiez mit seiner vielfältigen Kultur seit über hundert Jahren
17 ein Aushängeschild, das Menschen aus aller Welt anzieht. Der queere Kiez ist ein
18 Wirtschaftsfaktor und Tourist*innenmagnet in unserem Bezirk. Dazu gehören auch die
19 Festivals wie das Lesbisch-Schwule-Stadtfest, Folsom oder die Winter Days-Christmas
20 Avenue. Wir unterstützen die Akteur*innen, die mit viel Herzblut Jahr für Jahr die
21 Höhepunkte der queeren Saison organisieren. Wir sehen jedoch die zunehmende Bedrohung
22 unserer queeren Einrichtungen und der Kneipenkultur: Hohe Gewerberaummieten setzen
23 soziale und kulturelle Angebote unter Druck. Das gefährdet den Regenbogenkiez. Deshalb
24 wollen wir gemeinsam mit dem Land Berlin Lösungen entwickeln. Wir fordern eine
25 Regulierung des Gewerbemietrechts auf Bundesebene, um die steigenden Mieten zu
26 begrenzen und queere Kultur und soziale Angebote langfristig zu sichern.

27 **Queer und Alter**

28 Wir sehen auch die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen beim Älterwerden. Viele
29 haben die Sorge, in Alten- oder Pflegeheimen erneut Diskriminierung zu erfahren oder nicht
30 so leben zu können, wie sie es gewohnt sind. Diese Ängste betreffen nicht nur stationäre
31 Einrichtungen, sondern auch die häusliche Pflege. Deshalb ist es für uns eine zentrale
32 Aufgabe, diskriminierungsfreie Angebote zu schaffen und die Sensibilisierung in allen
33 Bereichen der Pflege zu stärken. Der Lebensort Vielfalt ist ein guter Anfang, doch wir wollen
34 dafür sorgen, dass queeres Älterwerden insgesamt selbstverständlich und würdevoll möglich
35 ist.

36

37

1 **Queer und Jugend**

2 Queere Jugendliche brauchen nicht-kommerzielle Schutzräume, an denen sie so sein
3 können, wie sie sind. Ohne sich erklären zu müssen. Und mit der Möglichkeit, sich Beratung
4 und Unterstützung zu holen. Das queere Jugendzentrum in Tempelhof ist so ein Ort. Wir
5 begrüßen, dass der Bezirk diesen Ort geschaffen hat und setzen uns für den Ausbau ein.

6 Auch die Aufklärungs- und Bildungsprojekte im Bereich queere Bildung, sexuelle Vielfalt und
7 geschlechtliche Identität sind unentbehrlich für uns. Ob in Schulen, KITAs,
8 Freizeiteinrichtungen oder Familienzentren: Wissen und Demokratiebildung sind die
9 Grundlage von allem.

10 **Queer und geflüchtet**

11 Unter den Geflüchteten, die in Berlin eine neue Heimat suchen, sind auch viele queere
12 Menschen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt wurden. Sie brauchen Unterstützung, um
13 Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen zu verarbeiten. Wir unterstützen Projekte wie
14 *Miles* und *LesMigras*, die wichtige Angebote für queere Geflüchtete geschaffen haben.

15 **Allgemein**

16 Wir treten ein für eine Politik, die Diskriminierung bekämpft, Aufklärung fördert und queeres
17 Leben in allen Lebensphasen stärkt. Unser Ziel ist klar: Tempelhof-Schöneberg muss ein
18 sicherer, vielfältiger und solidarischer Bezirk bleiben, in dem queere Menschen frei und
19 sichtbar leben können.

20

21

5h Gegen Rechtsextremismus – Für Zusammenhalt

Der zunehmende Rechtsruck gefährdet Vielfalt, Freiheit und Zusammenhalt – auch hier in Tempelhof-Schöneberg. Rechte Ideologien, Hass und Gewalt werden lauter, organisierter und alltäglicher. Für uns ist unmissverständlich: **Mit rechtsextremen Parteien und ihren Vertreter*innen gibt es keinerlei Zusammenarbeit – auf keiner Ebene, auch nicht im Bezirk.**

Die SPD Tempelhof-Schöneberg steht entschieden an der Seite all jener, die von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Gadge-Rassismus, antimuslimischem Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und Verschwörungsideologien betroffen sind. Wir machen deutlich: Unsere Solidarität gilt den Betroffenen.

Wir kämpfen dafür, dass Menschen, die rechte oder rassistische Gewalt erfahren, schnelle Unterstützung, rechtliche Hilfe und sichere Anlaufstellen erhalten. Hass und Hetze begegnen wir gemeinsam – auf der Straße, in Schulen, in den sozialen Medien und in den demokratischen Gremien unseres Bezirks.

Demokratieförderung und politische Bildung sind Schlüsselfragen unserer Zeit. Sie müssen überall stattfinden: in Kitas, Schulen, Jugendzentren, Vereinen und Nachbarschaften. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche früh lernen, Vielfalt zu leben und menschenfeindliche Haltungen zu hinterfragen. Dafür setzen wir uns für verlässliche Förderung, stärkere Vernetzung und konkrete Unterstützung der Akteur*innen vor Ort ein.

Das Bezirksamt soll zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte aktiv begleiten – besonders beim Zugang zu Fördermitteln aus Landes- und Bundesprogrammen. Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert, verdient Rückhalt statt Hürden.

Wir wollen bestehende Hilfsangebote sichern und neue, innovative Projekte fördern, damit niemand mit der Erfahrung von Gewalt oder Diskriminierung allein bleibt.

Das jüdische Leben in Tempelhof-Schöneberg ist lebendig und vielfältig – und das soll so bleiben. Antisemitische Übergriffe, Einschüchterungen oder Hetze – ob im öffentlichen Raum, in Schulen oder im Netz – greifen unsere gemeinsame Freiheit an. Wer Jüdinnen und Juden, ihre Einrichtungen oder Gedenkorte attackiert, greift die Grundwerte unserer Demokratie an. Wir stellen uns diesen Angriffen entschlossen entgegen – im Schulterschluss mit jüdischen Gemeinden, Initiativen und der Zivilgesellschaft.

Unser Ziel ist klar: Tempelhof-Schöneberg soll ein Ort bleiben, an dem jede und jeder ohne Angst leben kann – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung. Dafür braucht es eine geschlossene demokratische Front. **Wir setzen auf einen klaren Konsens aller Demokrat*innen: keine Kooperation, keine Normalisierung, kein Pakt mit Rechtsextremen.**

6 Ein bürgernaher Bezirk

6a Bürgeramt - verlässlicher Service für alle Bürger*innen

Das Bürgeramt ist der wichtigste Kontaktpunkt der Bürger*innen mit der Bezirksverwaltung. Es prägt das Bild der Bezirksverwaltung hinsichtlich der wahrgenommenen Effizienz und Bürgerfreundlichkeit. Zu einer hohen Qualität der Beratung und Bearbeitung gehört eine gute Personalausstattung. Durch eine bedarfsgerechte Personalausstattung und Neueinstellungen sowie erweiterte und flexible Öffnungszeiten sollen Wartezeiten in Bürgerämtern reduziert werden. Grundsätzlich halten wir am bewährten System der Terminvergabe fest. Die Terminbuchung per Internet und Telefon macht den Besuch beim Bürgeramt planbar.

Alle Verwaltungsvorgänge in Tempelhof-Schöneberg sollen perspektivisch online möglich sein. Im Zuge der weiteren Digitalisierung des Bezirksamtes müssen hierfür die notwendigen Schnittstellen geschaffen werden. KI-Anwendungen können bei der Digitalisierung neue Wege aufzeigen. Das Bürgeramt muss barrierefrei zugänglich sein – vor Ort und online.

Wir fordern weiterhin, dass ein „mobiles Bürgeramt“ seine Dienste an verschiedenen Stellen des Bezirkes anbietet, insbesondere in den südlichen Bezirksregionen. Ein mobiles Angebot solcher Dienstleistungen soll insbesondere in Wohnanlagen für Senior*innen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen genutzt werden. Außerdem soll ein mobiles Bürgeramt in mittelgroßen und größeren Firmen sowie Gewerbenetzwerken tageweise angeboten werden, so dass Berliner Arbeitnehmende mit Voranmeldung das Bürgeramt („Pop-Up-Bürgeramt“) während ihres Arbeitstages nutzen können.

Dem Bürgeramt kommt aus unserer Sicht auch eine besondere Rolle bei Informationen rund um die Mietpreisregulierung zu. Im Rahmen der An- und Ummeldung im Bürgeramt, soll zusätzlich Informationsmaterial durch die Sachbearbeiter*innen ausgehändigt werden, damit jede Person, die umzieht, persönlich über die Möglichkeiten zur Mietpreisregulierung informiert wird.

6b Ordnung und Sicherheit für ein solidarisches Miteinander

Sicherheit ist für uns Sozialdemokrat*innen mehr als die Abwesenheit von Kriminalität. Sie ist die Grundlage für gleiche Teilhabe, für Respekt im Alltag und für ein solidarisches Miteinander in unseren Kiezen. Ob saubere Spielplätze, sichere Wege bei Nacht oder verlässliche Regeln im Straßenverkehr – all das bestimmt die Lebensqualität in Tempelhof-Schöneberg und ganz Berlin.

Darum denken wir Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit immer zusammen. Denn dort, wo öffentliche Räume gepflegt und Regeln verlässlich eingehalten werden, fühlen sich Menschen sicher. Unser Anspruch ist, dass Verwaltung, Polizei, Ordnungs- und Grünflächenamt, die Berliner Stadtreinigung (BSR), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), S-Bahn, Gewerbeaufsicht, Zoll und die zuständigen Senatsverwaltungen gemeinsam Kiezkonzepte entwickeln – und dabei auch die Bürger*innen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft einbinden. Nur gemeinsam schaffen wir ein gutes, sicheres und solidarisches Berlin.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg muss auf Katastrophen und Krisen gut vorbereitet sein und hat dafür einen Katastrophenschutzplan entwickelt, der Maßnahmen in verschiedenen Ämtern beschreibt. Wir begrüßen die Arbeit der Katastrophenschutzbeauftragten und fordern die Schaffung von Katastrophenschutzleuchttürmen in allen Stadtteilen in Tempelhof-Schöneberg sowie den Aufbau eines ausreichenden Personalstammes bei der*dem Katastrophenschutzbeauftragte*n. Bürger*innen sollen stärker als bisher darüber informiert werden, welche Vorsorge sie selbst treffen können und an welche Stellen sie sich im Katastrophenfall wenden können.

Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit des Ordnungsamtes

Ein handlungsfähiges Ordnungsamt gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Allgemeinen Ordnungsdienst personell stabilisieren und bei Bedarf ausbauen. Wichtig ist uns, dass das Ordnungsamt bürgernah, sichtbar und ansprechbar ist. Dazu gehört auch, die Einsatzzeiten zu erweitern – etwa bis Mitternacht oder an Wochenenden – damit die Menschen spüren: Der Staat ist für sie da.

Den öffentlichen Raum – fair und sozial gerecht regeln

Parkraumbewirtschaftung darf kein Bürokratiemonster sein, sondern muss transparent, nachvollziehbar und gerecht gestaltet werden: Wo stehen Automaten, warum gelten bestimmte Zeiten, wie hoch sind die Gebühren? Wir wollen Tempelhof-Schöneberg als Pilotbezirk für eine moderne, auch digital unterstützte Parkraumüberwachung erproben – zum Beispiel mit Scan-Cars für Busspuren und Kreuzungsbereiche.

1 Für Anwohner*innen schaffen wir gute Lösungen mit Parkausweisen. Der jährliche Preis für
2 den Anwohnerparkausweis soll auf einen mindestens kostendeckenden Betrag erhöht
3 werden. Wir fördern Familien-Carsharing, wollen dieses Angebot offensiv bewerben und
4 gestalten die Parkzonierung passgenau für die konkreten Lebensräume. Ordnungsamt und
5 Polizei sollen gemeinsam konsequent gegen blockierte Busspuren oder Rettungswege
6 vorgehen. Denn Mobilität muss verlässlich und sicher bleiben.

7 Rettungsfahrzeuge müssen jederzeit ungehindert durchkommen. Beim Eckenparken, das
8 Zufahrten blockiert und Einsatzzeiten verlängert, gibt es keine Toleranz. Wo Kontrollen allein
9 nicht ausreichen, setzen wir auf bauliche Maßnahmen wie Fahrradbügel, um Rettungswege
10 dauerhaft freizuhalten.

11 Illegale Autorennen und überhöhte Geschwindigkeit gefährden Menschenleben und
12 belasten ganze Kieze. Wir gehen gemeinsam mit der Polizei konsequent dagegen vor und
13 nutzen moderne Technik wie Blitzer oder Akustikmessungen. Auch unseriöse
14 Autovermietungen, die solche Rennen begünstigen, nehmen wir gezielt in den Blick.

15 **Gewerberechtliche Kontrollen – fairer Wettbewerb, Schutz der Beschäftigten**

16 Wir setzen auf Verbundeinsätze, um Spielhallen, Wettbüros oder Gastronomiebetriebe
17 wirksam zu kontrollieren. Dabei geht es uns nicht nur um Ordnung, sondern vor allem um
18 den Schutz von Beschäftigten: gegen Schwarzarbeit, Ausbeutung und unsichere
19 Arbeitsbedingungen. Jugendschutz und Nichtraucher*innenschutz bleiben zentrale
20 Aufgaben.

21 **Sicherheit im öffentlichen Raum – Prävention und Präsenz**

22 Sicherheit entsteht durch Prävention, Präsenz und Vertrauen. Wir setzen auf
23 Gewaltprävention im Kiez, z. B. durch Projekte wie „Nachtbürgermeister*in“ oder
24 „Nachtlichter“ im Regenbogenkiez, einen bezirklichen Präventionsrat, der lokale Strukturen
25 wie Straßensozialarbeit oder Jugendprojekte einbindet, eine enge Zusammenarbeit von
26 Ordnungsamt und Polizei, sichtbar durch gemeinsame Streifen und Kontaktbereichsbeamte,
27 klare Regeln beim Umgang mit Drogenkonsum: Prävention, Aufklärung und abgestimmte
28 Hilfsangebote wie Konsummobile oder Konsumräume.

29 Wir wollen Angsträume konsequent beseitigen – mit Beleuchtung, barrierefreier Gestaltung
30 und gendersensibler Stadtplanung. Eine Zielvorgabe für die schnelle Reparatur defekter
31 Laternen kann hier ein wichtiger Schritt sein.

32 Saubere, sichere und barrierefreie Bahnhöfe sind eine wichtige Voraussetzung für einen
33 attraktiven öffentlichen Nahverkehr im Kiez. Dafür wollen wir im stetigen Austausch mit den
34 Verkehrsbetrieben dazu beitragen, dass insbesondere die Bahnhöfe sauberer und
35 übersichtlicher bleiben. An der S-Bahn-Unterführung Großgörschenstraße setzen wir auf
36 stärkere Präsenz und mehrsprachige Kommunikation durch Marktmeister und weitere

1 Akteur*innen vor Ort, um dem illegalen fliegenden Markt und der damit verbundenen
2 Vermüllung entgegenzuwirken.

3 **Silvesterfeuerwerk**

4 Silvester gehört zu den besonderen Momenten im Jahr, an denen Menschen
5 zusammenkommen und feiern. Gleichzeitig dürfen wir die Belastungen für Sicherheit,
6 Gesundheit und Umwelt nicht ignorieren. Wir wollen deshalb eine offene Debatte führen:
7 Wie schaffen wir es, Traditionen zu respektieren und zugleich Verantwortung für unsere
8 Stadt zu übernehmen? Diskutiert werden sollte, ob es künftig professionelle Feuerwerke in
9 jedem Bezirk oder jedem Ortsteil geben kann, die allen Menschen ein gemeinsames,
10 sicheres Erlebnis ermöglichen. Zugleich braucht es klare Regeln, etwa durch ausgewiesene
11 Böllerezonen oder eine Böllerverbotszone innerhalb des inneren S-Bahn-Rings, um
12 Anwohner*innen zu entlasten und Rettungskräfte zu schützen. Außerdem steht die Frage im
13 Raum, ob wir ein Verkaufs- und Abbrennverbot für Privatpersonen einführen sollten. Unser
14 Ziel ist eine Lösung, die Sicherheit und Rücksichtnahme stärkt, aber auch Raum für
15 gemeinsames Feiern lässt.

16 **Hunde**

17 Hunde gehören für viele Menschen zum Alltag und bereichern das Leben im Kiez. Damit das
18 Zusammenleben im öffentlichen Raum gut funktioniert, müssen die bestehenden Regeln
19 konsequent eingehalten werden. Gleichzeitig setzen wir uns für den Ausbau von Angeboten
20 wie Hundespielflächen und ausreichend Kotbeutelspendern ein, um verantwortungsvolles
21 Verhalten zu unterstützen und Rücksicht für alle zu ermöglichen.

22 **Barrierefreiheit**

23 Barrierefreiheit ist eine Frage der Gerechtigkeit und Voraussetzung für gleichberechtigte
24 Teilhabe im öffentlichen Raum. Deshalb müssen Gehwege frei und sicher nutzbar sein. Wir
25 wollen auf klare Regeln hinwirken, damit E-Roller und Fahrräder nicht im Weg stehen, und
26 eine geordnete Nutzung von E-Mobilitätsstationen im öffentlichen Raum sicherstellen.